

## Niederschrift, ö

Gremium	Bezirkstag
Nummer	BezT/002/2021
Datum	Donnerstag, 16.12.2021
Ort	Sitzungssaal im 5. OG des Verwaltungsgebäudes
Beginn	09:35 Uhr
Ende	12:42 Uhr

## Anwesenheit

### Mitglied CSU

Eichiner, Reinhard  
 Flössler, Fabian  
 Friesinger, Sebastian  
 Funke, Annemarie  
 Großmann, Rainer, Dr.  
 Hausberger, Claudia  
 Hobmeier, Karin  
 Hofstetter, Franz  
 Kern, Michael, Dr.  
 Keßler, Martina  
 Kriegl, Gisela  
 Kuhn, Barbara  
 Linhart, Susanne  
 Loy, Josef  
 Mederer, Josef  
 Off-Nesselhauf, Gabriele  
 Schindlmayr, Simon  
 Schwab, Harald  
 Schwarzenberger, Thomas  
 Steinberger, Friederike  
 von Löwis of Menar, Olaf  
 Wetzelsperger, Georg

### Mitglied SPD

Asam, Michael  
 Hofmann, Irmgard  
 Hügenell, Helga  
 Jordan, Elisabeth  
 Mickel, Andrea  
 Salvermoser, Richard  
 Weitzel, Katja

### Mitglied Bündnis 90/Die Grünen

Balidemaj, Delija  
 Bohr, Sylvio  
 Buchwieser, Georg  
 Döring, Max, Dr.  
 Eberl, Ottilie

Goldstein, Ulrike  
Halbauer, Jan  
Harper, Sophie  
Janner, Elisabeth  
Merkl, Gina  
Schwaiblmair, Frauke, Dr.  
Siebler, Joachim  
Speierl, Anton, Dr.  
Stüber, Eckart, Dr.  
Sturm, Erika  
Tuttas, Petra  
Wagner, Martin

#### Mitglied FW

Bayer, Ludwig  
Gössner, Ute  
Grasser, Maria  
Hartl, Sepp  
Heigl, Marianne  
Hofer, Sepp  
Schanderl, Michael, Dr.  
Schneider, Rainer  
Specker, Konrad  
Speer, Anton

#### Mitglied BP

Bock, Robert  
Dorn, Hubert  
Weber, Florian

#### Mitglied FDP

Baudissin-Schmidt, Barbara Gräfin  
von  
Berg, Gabriela, Dr.  
Münster, Peter  
Reuter, Daniel  
Wunderlich, Claus, Dr.

#### Mitglied AfD

Demmel, Christian  
Groß, Rainer  
Lipp, Oskar  
Stanke, Daniel  
Wieser, Martin  
Robin, Josef

#### Mitglied ÖDP

Beuting, Rolf  
Raschke, Markus

#### Mitglied Die Linke

Kirchner, Stefanie  
Mayr, Maria  
Weber, Klaus, Prof. Dr.

#### Mitglied Tierschutzpartei

Wittmann, Susanne, Dr.

#### Verwaltung

Bertenbreiter, Benedikt  
Bruckmann, Wolfgang, Dr.  
Büllesbach, Susanne  
Fingerle, Karin  
Getzlaff, Stefan  
Gräbsch, Dorit  
Maja, Renate  
Nißlein, Markus  
Reitmaier, Eveline  
Schreyer, Christoph  
Simba, Nicole  
Tworek, Elisabeth, Dr.

#### Weitere Anwesende

Borrmann-Hassenbach, Margitta,  
Dr.  
Els, Maria, Regierungspräsidentin  
Schober, Konrad, Dr.  
Spuckti, Martin

#### Protokollführerin

Ewerhardy, Angelika

#### **Entschuldigt**

##### Mitglied CSU

Bertl, Alexandra	entschuldigt
Hainz, Birgit	entschuldigt
Weiß, Ilse	entschuldigt
Wunsam, Günther	entschuldigt

##### Mitglied SPD

Hörl, Christina	entschuldigt
-----------------	--------------

##### Mitglied Bündnis 90/Die Grünen

Neubauer, Martina	entschuldigt
-------------------	--------------

# Tagesordnung

## I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Haushaltssatzung 2022 und Haushaltsplan mit Anlagen
TOP 3	Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon: Überschreitung des geplanten Defizites 2021
TOP 4	Änderung der Geschäftsordnung
TOP 5	Installierung des Inklusionsbeirates des Bezirks Oberbayern
TOP 6	Bestellung der Inklusionsbeauftragten mit dem Schwerpunkt für die Belange der Menschen mit Behinderungen
TOP 7	Jahresbericht der Beauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderungen
TOP 8	Beteiligungsbericht Klinische Beteiligungen, Geschäftsjahr 2020
TOP 9	Zentrum für Volksmusik, Literatur und Populärmusik: Nutzungskonzept inklusive Ressourcenplanung
TOP 10	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer eröffnet um 09:35 Uhr die öffentliche Sitzung des Bezirkstages, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Bezirkstages fest.

Bezirkstagspräsident Mederer begrüßt Frau Regierungspräsidentin Els.  
Das Gremium gedenkt in einer Schweigeminute der ehemaligen Bezirkstagsmitglieder Herrn Batz und Herrn Zattler.

Bezirkstagspräsident Mederer erläutert seine Antwort zum Dringlichkeitsantrag der AfD und begründet seine Ablehnung des Antrags und erklärt ihn als erledigt.

Bezirkstagspräsident Mederer äußert sich zum Telegram-Chatverlauf der AfD bzgl. Aufruf zum Bürgerkrieg. Bezirkstagspräsident Mederer hat diesbezüglich beim Staatsministerium des Inneren und im Landtagspräsidium angefragt, ob auch Mandatsträger der AfD aus dem Bezirk Oberbayern in diesem Chat aktiv waren.

## **TOP 1            Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung**

<b>Beschluss:</b>	<b>einstimmig angenommen</b>
-------------------	------------------------------

## **TOP 2            Haushaltssatzung 2022 und Haushaltsplan mit Anlagen**

Nach den Vorberatungen werden die Haushaltssatzung 2022 und der Haushaltsplan mit allen Anlagen beschlossen.

Im Anschluss an die Haushaltsreden der Fraktionen bedankt sich Herr Bezirksrat Speer im Namen der Landräte beim Bezirk Oberbayern für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

### **Haushaltsrede von Herrn Bezirkstagspräsident Mederer**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin Els,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte ich die Gelegenheit nutzen, Sie alle nochmals herzlich zu begrüßen und willkommen zu heißen. Ebenso begrüße ich herzlich die zugeschalteten Bezirksrätinnen und Bezirksräte. Das Jahr hat uns allen viel abverlangt und wahrscheinlich wird es auch die kommenden Wochen und Monate noch schwierig werden. Vor allem, da wir schon alle wieder ein Stück Normalität gefühlt hatten und nun umso härter erneut mit den Auswirkungen der Pandemie konfrontiert werden.

Aber wir wollen optimistisch nach vorne schauen und uns gemeinsam so einbringen, dass wir unseren Beitrag dazu leisten können, unsere Aufgaben auch während der Pandemie zu erbringen, wie lange sie auch dauern möge.

Die Rahmenbedingungen für die Erfüllung unserer Aufgaben sind, wie wir alle wissen, angespannt. Wir können zwar mit einer Stabilität des Hebesatzes auf das kommende Haushaltsjahr schauen, jedoch wissen wir alle, dass die Umlagekraft für den Haushalt 2022 nachhaltig von den Ausgleichsleistungen des Bundes und des Landes zum Ersatz der Gewerbesteuerminderausgaben geprägt ist.

Wir können nur froh und dankbar sein, dass diese 2020 geleistet wurden und wir deshalb einen Zuwachs der Umlagekraft um 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnen können.

Dieser Spielraum ermöglicht es uns, dass wir den Hebesatz im kommenden Jahr um nur 0,3 Prozentpunkte auf nunmehr 22,0 Prozentpunkte anheben müssen. Dass wir gleichzeitig auch auf unsere Rücklagen zugreifen und Kreditermächtigungen für den Vermögenshaushalt aussprechen, zeigt, dass wir ein verlässlicher Partner in der kommunalen Familie sind. Wenn wir ehrlich sind, diese Situation, in der wir uns nun für das Haushaltsjahr 2022 befinden, hätten wir vor einem Jahr sofort unterschrieben, wenn es uns so angeboten worden wäre. Aber wir wissen auch, dass 2023 die Karten neu gemischt werden müssen und wir schlichtweg noch nicht sagen können, wie sich die Umlage dann entwickeln wird.

Aber auch ein verlässlicher Partner kann und muss immer wieder darauf hinweisen, dass wir über einen ganz anderen Hebesatz sprechen könnten, wenn die Entlastungen aus Berlin, die ursprünglich für die Beteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe vorgesehen waren, direkt an die Bezirke gegangen wären. Diese waren für die Eingliederungshilfe vorgesehen und nachdem beschlossen wurde, die 5 Mrd. € auf einem anderen Wege den Kommunen zukommen zu lassen und diesen Betrag von der Eingliederungshilfe zu entkoppeln, müssen wir uns eben unseren Anteil daran über die Bezirksumlage holen. Diese 5 Mrd. € muss man fairerweise auch nennen, wenn die Rufe nach dem Konnexitätsprinzip gegenüber dem Bund lauter werden.

Unser Vorschlag wurde auch heuer wieder mit den Landrätinnen und Landräten sowie zahlreichen Kämmerinnen und Kämmerern Ende September diskutiert. Und was war das Resultat: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren mit unseren Ausführungen einverstanden und es gab Zuspruch für unseren Kurs. Und genau deshalb ist dieser Austausch so wichtig: wir müssen weiterhin intensiv für Transparenz sorgen. Wir haben unsere Aufgaben zu erfüllen und hierfür sind finanzielle Mittel notwendig. Und diese finanziellen Mittel sind auch dann notwendig, wenn Corona die finanziellen Rahmenbedingungen nachhaltig zum Schlechten beeinflusst.

Also schlagen wir nunmehr - und ich betone, im guten Einvernehmen mit den Umlagezahlern - einen Hebesatz von 22,00 Pp vor.

Zum Glück haben wir alle gemeinsam seit 2011 sehr entschieden unsere Schuldenlast getilgt. Wir kommen von einem Höchststand von 135 Mio. €, Ende 2011 hatten wir noch 90 Mio. € Schulden und erwarten zum Jahresende noch 0,9 Mio. Da kann man, zwar ein wenig zähneknirschend, einer Kreditermächtigung in Höhe von 15,8 Mio. € in 2022 zustimmen. In 2021 haben wir unsere Kreditermächtigung nicht ausschöpfen müssen, so dass wir weiterhin auf einem sehr niedrigen Schuldenniveau aufsetzen können. Aber ich betone auch, mit Augenmaß. Die Verschuldung ist die Umlage von morgen, so dass wir nun der Gesamtsituation entsprechend die Kreditermächtigung erteilen, aber wohler ist uns allen, wenn wir wieder einen genehmigungsfreien Haushalt ohne Kreditermächtigungen aufstellen können.

Auch unsere Rücklage setzen wir ein, um den Hebesatz 2022 zu stützen, jedoch nur moderat. 10,7 Mio. € aus der Rücklage werden eingesetzt und der Bestand auf 46,7 Mio. € zum Jahresende 2022 eingeplant. Jeder weiß, dass wir nicht mehr „große Sprünge“ bis zur gesetzlichen Mindestrücklage machen können, die ca. 20 Mio. € beträgt. Aber wir haben auf jeden Fall noch Rücklagenmittel in der Hinterhand, um den wohl schwierigen Haushalt 2023 stützen zu können.

Ansonsten wurde der FAG-15-Topf des Freistaates für die Bezirke unverändert belassen. Hieraus erwartet der Bezirk Oberbayern nahezu die gleichen Einnahmen wie für 2021. Angesichts der weiter steigenden Ausgaben im Einzelplan 4 verringert sich der Anteil des Freistaates an den Kosten dadurch faktisch erneut.

Und die Ausgabensteigerungen, die wir dieses Jahr im Bereich des Einzelplan 4 haben, sind auch wieder beachtlich. Wir rechnen im Jahr 2022 damit, dass der Zuschussbedarf im Einzelplan 4 im kommenden Jahr gegenüber dem erwarteten Rechnungsergebnis 2021 um 84,7 Mio. € steigen wird, obwohl wir in der Hilfe zur Pflege durch die Pflegereform in 2022 entlastet werden.

Die Pflegereform entlastet uns unterm Strich in 2022 um gut 50 Mio. €, wobei die Entlastung in den kommenden Jahren wieder Stück für Stück kleiner werden wird. Aber wir unterstützen diese Reform nicht nur, weil sie uns finanziell entlastet. Vielmehr ist ein zentrales Vorhaben der Reform, dass die Pflegekräfte nach Tarif bezahlt werden. Dies ist ein erster Schritt hin zu einer fairen Bezahlung der Pflegekräfte. Wir alle wissen, welche große Herausforderung auf uns als Gesellschaft zukommt bzw. schon da ist, wenn wir an den Personalnotstand im Bereich der Pflege denken. Die ambulante Hilfe zur Pflege, die ja nicht Teil der Pflegereform ist, steigt hingegen Jahr für Jahr. Im kommenden Jahr haben wir Ausgaben von über 139 Mio. € hinterlegt, Tendenz steigend. Diese Ausgaben bei uns entlasten unmittelbar die Umlagezahler, da wir von diesen die Aufgabe im Jahr 2018 übernommen haben.

Die Eingliederungshilfe steigt im kommenden Jahr vom Zuschussbedarf her wieder stärker an. Unterm Strich erwarten wir ein Plus von 87,7 Mio. €

Wenn man sich den Haushaltsplanentwurf in Ruhe anschaut, sieht man, dass die Ausgaben in den meisten Bereichen der Eingliederungshilfe ansteigen. Oftmals erhöhen sich die Fallzahlen, die Entgelte erhöhen sich auch und bei dem Ausgabenvolumen hat man die 87 Mio. € Erhöhung des Zuschussbedarfes gegenüber dem Vorjahr recht schnell zusammen.

Das sind Mittel, die erwirtschaftet werden müssen. Das sind Aufgaben, die erfüllt werden müssen. Aber es ist kein Umstand, und das sage ich ganz entschieden, der dafür sorgen darf, reflexartig die Standards nach unten zu schrauben. Wir haben eine Verantwortung und wir müssen alles daran setzen, die bestehenden Strukturen der Eingliederungshilfe zu erhalten. Und wenn ich bei den Einzelberatungen im Sozialausschuss und dann im Bezirksausschuss sowohl gehört habe, man sei mit dem Haushaltsentwurf nicht einverstanden, weil der Wille zum Sparen nicht erkennbar sei, als auch die Anschuldigung, man wolle offenbar gerade beim Sozialen auf Kosten der Leistungsempfänger sparen, dann kann ich nur sagen: Offensichtlich alles richtig gemacht. So unausgewogen kann unser Haushaltvorschlag offensichtlich nicht sein!

Ich möchte an dieser Stelle heuer nicht auf die einzelnen Positionen eingehen, sondern mich zunächst einfach bedanken. Bedanken bei den Menschen, die sich unter den schwierigen Rahmenbedingungen weiterhin bestmöglich eingebracht haben, das System der Eingliederungshilfe weiter umzusetzen und am Leben zu halten. Wir hatten auch 21 wieder mit massiven Einschränkungen durch Corona zu kämpfen, wir mussten gemeinsam mit den vielen Trägern kurzfristig wieder neue Vorgaben umsetzen und Entscheidungen treffen und zwar letztendlich für die vielen Menschen, die Ansprüche und Erwartungen an uns haben und dieser Verantwortung möchten wir gerecht werden.

Und ich glaube, wir können selbstbewusst sagen, dass uns das im politischen Bereich, bei den Trägern vor Ort als auch innerhalb der Verwaltung gut gelungen ist.

Ein weiterer Baustein in diesem System, der unter Corona gezeigt hat, wie wichtig er ist, ist der ambulant psychiatrische Krisendienst. Unser ambulant psychiatrischer Krisendienst erweist sich als hilfreiches Instrument in der Krisenbewältigung und hat sich voll und ganz bewährt. Hier haben wir die Standards gesetzt und damit eine wirkliche Verbesserung in der Versorgungsstruktur in Oberbayern geschaffen. Insbesondere während der bisherigen Lockdowns und der psychischen Belastung vieler in der Pandemie hat sich gezeigt, wie essenziell notwendig dieses Angebot ist.

Wir haben bei 16 Landkreisen und kreisfreien Städten schon die Unterschrift geleistet, die Pflegestützpunkte einzurichten. Hier sind wir auf einem guten Weg, wohnortnahe und unabhängig beratende Einrichtungen zu schaffen.

In unseren Kliniken haben wir die Herausforderungen mit Bravour gemeistert. Engpässe sehen wir bisher in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Wir haben schon angesprochen, dass wir hier die Dinge angehen können.

Aber auch die Bildung und die Kultur darf man nicht vergessen. Angesichts der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig diese beiden sensiblen Bereiche sind. Und deshalb werden wir auch gerade hier keine Kürzungen vornehmen. Die Kulturschaffenden sind mit am stärksten von der Corona-Pandemie getroffen worden und deshalb ist es unsere Aufgabe, nicht nur die bestehenden Einschränkungen abzufedern, sondern auch, Ihnen eine Perspektive zu geben. Und wer sieht, was wir in diesen Bereichen trotz der Pandemie weiterentwickeln, weiß, dass wir es hiermit ernst meinen.

Wir treiben die Planungen zum Neubau der Johann-Nepumuk-von-Kurz- Schule in Ingolstadt weiter voran. Wir entwickeln unsere Freilichtmuseen weiter, wir schaffen ein neues Forum Heimat und Kultur und wir setzen die baulichen Beschlüsse im Kloster Seeon weiter um.

Daneben haben wir auch wieder Mittel für den Umbau und die inhaltliche Weiterentwicklung des ZeMuLi eingestellt. Gerade in Bruckmühl liegt ein schwieriges Jahr hinter uns. Wir haben alle zusammen viel Zeit und Nerven liegen lassen, aber dennoch möchte ich betonen, dass wir gemeinsam nach vorne schauen. Unsere Führungsgruppe in Bruckmühl ist nun komplett und bestens in der traditionellen aber auch in der jungen Volksmusikszene vernetzt. Und wenn man sich anschaut, was für ein tolles, motiviertes junges Team wir in Bruckmühl haben, so kann ich nur an uns politisch Verantwortliche appellieren: Geben wir ihnen die notwendige Rückendeckung, geben wir ihnen jegliche Unterstützung und lassen wir sie einfach machen. Und dann bin ich überzeugt, dass wir in einem Jahr an gleicher Stelle eine sehr gute Bilanz ziehen können.

Auch als Bezirksverwaltung sind wir bisher ganz gut durch die Pandemie gekommen, aber die Anforderungen an die Mitarbeitenden steigen ständig.

Wir benötigen dringend Personal, das diese Aufgaben auch bewältigen kann. Insgesamt tun wir uns wie alle anderen öffentlichen Arbeitgeber im Ballungsraum München schwer, geeignetes Personal in entsprechender Anzahl zu finden. Wir haben jedoch gute Argumente, die für uns als attraktiven Arbeitgeber sprechen. Vor allem können wir, neben schönen, gut angebundenen Büroräumen, auch mit bezahlbarem Wohnraum werben, den wir zur Verfügung stellen können. Wir planen mit unserer OH, weitere 120 Wohnungen für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Haar zu bauen. Die Unterschrift unter den Vertrag habe ich nach unserem Bezirksausschuss Anfang des Monats gesetzt und damit leisten wir auch wieder einen Beitrag, kostengünstigen Wohnraum in Oberbayern bereit zu stellen.

Weiter setzen wir intensiv auf eigene Ausbildung. Wir haben mittlerweile über 150 zumeist junge Menschen in Ausbildung in unterschiedlichen Bereichen bei uns. Dies ist zwar zunächst finanziell und personell eine Belastung, aber auch eine sinnvolle Investition in die Zukunft. Wer bei uns gelernt hat, weiß den Bezirk als Arbeitgeber zu schätzen und bringt seine Arbeitskraft hoffentlich möglichst lange bei uns ein.

Aber wir dürfen nicht im Status quo verharren, wir müssen trotz Corona die Dinge weiter vorantreiben. Deshalb haben wir auch im Projekt „Bezirk 2030“ weiter intensiv gearbeitet, um uns grundsätzliche Überlegungen zu den vielschichtigen Themen des Bezirks zu machen, diese gebündelt zu behandeln und weiterzuentwickeln.

Und diese grundlegenden Überlegungen sind auch nötig, wenn man sich nur einmal anschaut, was wir derzeit an Herausforderungen vor uns haben, exemplarisch an wenigen Beispielen.

Dass der Haushalt 2022 vor dem Hintergrund der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie so einvernehmlich zwischen den Budgetverantwortlichen und der Kämmerei aufgestellt wurde, hat mich gefreut. Vor allem die Rückmeldung, dass jeder Budgetverantwortliche sehr selbstständig schon in 2021 die Budgets gesteuert hat, ist ein gutes Zeichen. Auch, dass schon bei der Haushaltsaufstellung ein gesundes Augenmaß zwischen der Notwendigkeit der Aufgabenerfüllung und der finanziellen Verantwortung gefunden wurde, freut mich. Deshalb darf ich an dieser Stelle nicht nur meinen großen Dank an die Kämmerei aussprechen, sondern auch an die Budgetverantwortlichen, die ihre Budgets schon in 2021 vorbildlich angesichts der ständigen Veränderungen durch Corona gesteuert und sich so zielführend in den Haushaltsaufstellungsprozess eingebracht haben.



Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir den Hebesatz trotz der großen Herausforderungen in diesem Jahr nur moderat erhöhen müssen, wir können unsere Aufgaben erfüllen, wir können die ambulante Hilfe zur Pflege und die Eingliederungshilfe finanzieren. Allerdings müssen wir Mittel aus der Rücklage entnehmen und wir müssen 15,8 Mio. € Schulden aufnehmen. Aber wir müssen auch jetzt schon darauf hinweisen, dass der Haushalt 2023 vermutlich deutlich schwieriger wird. Folglich glaube ich, dass dies heuer ein Haushalt ist, dem man, trotz aller vor uns liegender Unwägbarkeiten und Risiken, mit gutem Gewissen zustimmen kann.

## **Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Loy (Fraktion CSU)**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,  
sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,  
verehrte Vizepräsidenten,  
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bezirk Oberbayern,  
verehrte Bezirkstagskolleginnen und -kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wegen der Corona bedingten Auswirkungen und Auflagen ist unser heutiges Plenum in seiner Präsenz stark reduziert und deshalb grüße ich besonders alle an den häuslichen Bildschirmen.

Die Virus-Pandemie hat uns alle nach wie vor fest im Griff und erfordert ständig neue Entscheidungen und Maßnahmen, um den krankheitsbedingten Auswirkungen Einhalt zu gebieten.

Wir setzen alle Hoffnung auf Besserung in den kommenden Monaten, damit ein einigermaßen normales Zusammenleben wieder möglich wird.

Unser Respekt und unsere Anerkennung gilt allen Frauen und Männern, die in direkter Anforderung täglich gefordert sind, sich den Kranken und Hilfesuchenden zu widmen.

Wir haben dabei kein Verständnis für Verunsicherung, für Angstmacherei, für Tatsachenverleugnung, für falsch verstandene Freiheitsbegriffe und politische Äußerungen, die die Menschen aufwiegeln.

Heute ist auch die Zeit, die letzten Monate zu bewerten und in die Zukunft zu blicken.

Das vergangene Jahr möchte ich überschreiben mit den Begriffen, Herausforderung, Entschlossenheit, Verlässlichkeit, Standhaftigkeit, Weitblick, Innovation und aktive Problemlösung.

Diese Begriffe gelten für viele Entscheidungen, die wir gemeinsam in Politik und Verwaltung für den sozialen und kulturellen Bereich getroffen haben. Dabei darf ich einige schwergewichtige Themen nennen:

- Neustrukturierung der IT-Gesellschaften aus Bezirk und kbo in zukunftsfähige und leistungsfähige Gesellschaft, mit engagiertem Führungspersonal und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dabei waren klare Entscheidungen gefordert.
- Inhaltliche und personelle Neustrukturierung im Zentrum für Volksmusik, Literatur und Populärmusik. Wir stehen und standen gemeinsam hinter dem neuen Konzept und hinter unserem Personal. Aktuell zeigt sich auch deutlich, dass unsere Richtungsvorgabe Bestand und Zukunft sichert, Entwicklung und neue Wege zulässt.
- Einrichtung eines Inklusionsbeirates mit eigener Satzung, eigener Aufgabenbeschreibung und eigenen Rechten. Zielvorgabe ist die Umsetzung der UN-BRK sowie die Charta der Vielfalt in den Regionen Oberbayerns. Wir sind standhaft geblieben in den grundsätzlichen Überlegungen und wir betrachten den Inklusionsbeirat als einen lebendigen Prozess, der Veränderungen zulässt. Wir wünschen uns einen guten Start im neuen Jahr.

- Bildung eines Dialogforums zur Weiterentwicklung der Assistenzlöhne. Auch hier die Entschlossenheit, mit den direkt betroffenen Akteuren im Austausch notwendige Veränderungen zu erarbeiten.
- Den Verhandlungsprozess für eine einvernehmliche Lösung zwischen Kinderzentrum und Akademie mit Kraft und Durchhaltevermögen voranzubringen. Der politische Wille, dass die Akademie einen neuen Standort auf dem Gelände bekommt und damit die Ausbauplanung im Kinderzentrum nicht behindert, ist nur zu unterstreichen.
- Die mutigen Personalentscheidungen damit die fruchtbringende Arbeit in unseren Kliniken und Einrichtungen fortgeführt werden kann.
- Die Ausweitung der Pflegestützpunkte zur flächendeckenden Versorgung in Oberbayern.
- Die Neubauplanungen an der Johann Nepomuk von Kurz Schule in Ingolstadt werden federführend durch unsere Bauverwaltung durchgeführt. Ein Beweis für die Kompetenz und das Können in unsere Bauverwaltung. Die ständig geforderte Lösung ist durch unsere Politik vorangebracht worden.
- Die Entschlossenheit, mit der wir unsere laufenden Bauprojekte voranbringen und uns nicht entmutigen lassen
- Umbau und Sanierung in Benediktbeuern
- Sanierung und Neubaumaßnahmen in unserem Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon
- Neubau der gemeinsamen Klinik in Wasserburg
- Planungsaufträge für Amerang, das Zentrum in Bruckmühl und für die Schule für Holz und Gestaltung in Garmisch-Partenkirchen

Daneben müssen all die Vorhaben unter der CORONA-Pandemie erfolgen. Anerkennung und Dank an den CORONA Stab für die Lenkungs- und Leitungsfunktion und die Betreuung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Aktuell ist die Sorge um die jungen Menschen in ihrer seelischen Situation große Herausforderung, der wir uns stellen und aktive Lösungsangebote in der Region entwickeln und umsetzen.

Trotz vieler Widrigkeiten haben wir wieder viel vorangebracht, diskutiert und entschieden und mit Perspektiven ausgestattet. Deshalb ist es mir auch nicht bange, optimistisch in die Zukunft zu blicken.

Heute behandeln und verabschieden wir das gewaltige Haushaltswerk für 2022 mit einem Umfang von 2,3 Milliarden Euro. Dank der umsichtigen und weitsichtigen Arbeit unserer Finanzverwaltung steht der Haushalt 2022 auf sicheren Füßen.

Wir können alle unsere Aufgaben und gesetzlichen Verpflichtungen im kulturellen und sozialen Bereich erfüllen.

Wir können alle geplanten Investitionen beginnen und weiterführen. Wir werden unserer sozialen Verantwortung gerecht, auch unter wirtschaftlichen Grundsätzen. Wir überfordern die Umlagezahler nicht. Die moderate Erhöhung der Bezirksumlage mit 0,3 Punkten ist gerechtfertigt.

Wir werden auch weiterhin die Herausforderungen an unsere bezirkliche Verantwortung zum Wohle der Menschen in Oberbayern annehmen und notwendige Entwicklungen vorantreiben. Die Mitbürgerinnen und Mitbürger, denen wir verpflichtet sind, dürfen nicht auf der Strecke bleiben.

Die CSU-Fraktion stimmt dem Stellenplan zu.

Die CSU-Fraktion stimmt dem Hebesatz mit 22 Punkten zu.

Die CSU-Fraktion stimmt dem Haushalt, dem Wirtschaftsplan und dem Finanzplan zu.

Am Ende meiner Ausführungen möchten wir, die CSU-Fraktion, uns bedanken bei

- unserem Präsidenten, der mit hoher Verantwortung unermüdlich die bezirklichen Aufgaben voran treibt
- bei unseren Vizepräsidenten
- bei allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Abteilungsleitungen, Referatsleitungen, Bereichsleitungen und Fachberatungen

- bei unserem starken Kommunalunternehmen kbo und allen, die zum Erfolg unserer Kliniken beitragen
- bei unserer Baugesellschaft OH/DH
- bei unseren Kooperationspartnern, den Freien Wählern und der SPD
- bei allen Kolleginnen und Kollegen des Bezirkstages von Oberbayern, für die konstruktive Zusammenarbeit

Wir wünschen Ihnen noch besinnliche Adventstage, friedvolle und gesegnete Weihnachten im Kreis Ihrer Familie und Gemeinschaften. Für 2022 stabile Gesundheit, Kraft und Mut für all Ihre Vorhaben. Zuversicht und Hoffnung in eine gute und menschliche Zukunft.

Gottes Segen für uns alle, unsere schöne und lebenswerte Heimat und unseren Bezirk Oberbayern.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

### **Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Siebler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Frau Regierungspräsidentin, sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident, sehr geehrte Vertreter\*innen der Verwaltung, liebe Kolleg\*innen des Bezirkstages.

#### Zur Bewertung des Haushalts

Der Haushalt für das nächste Jahr stellt eine Zäsur dar.

Der Schuldenstand erreicht am Ende des Jahres einen historischen Tiefstand.

Die Ermächtigung zur Kreditaufnahme im nächsten Jahr markiert vielleicht den Anfang einer unerwünschten Trendwende in der Schuldenentwicklung. Die Rücklagen schmelzen gleichzeitig auf ein Minimum ab.

Vor fünf Jahren hat die Bayerische Staatsregierung den Bezirk erpresst, die damals noch ordentlichen Rücklagen aufzulösen. Dabei hätte der Freistaat die Finanzierung der Kosten für die jungen volljährigen Flüchtlinge selbst übernehmen müssen. Ziel der Staatsregierung war es damals allerdings, die jungen Erwachsenen aus der Jugendhilfe zu drängen.

Die Rücklagen im dreistelligen Millionenbereich könnten wir nun gut gebrauchen, um die Umlage stabil und den Haushalt schuldenfrei zu halten.

Auch bei den FAG-Mitteln lässt der Freistaat den Bezirk im Regen stehen. Die Mittel reichen rechnerisch nicht mal bis Ende Januar.

Über 2,2 Mrd. Euro beträgt der Haushalt – viel Geld, das aber keineswegs verloren ist. Damit werden Leistungen von und für Menschen und Einrichtungen finanziert, die auch in Oberbayern leben und wirtschaften. Dadurch entsteht eine Sozialrendite, die einen Mehrwert für unsere gesamte Gesellschaft liefert.

#### Energie

Bei den Ausgaben für fossile Energie verhält es sich völlig anders. Geld für Öl und Gas landet dort, wo Demokratie ein Fremdwort ist. So zeigt der aktuelle Gaspreis die Abhängigkeit von einem autokratischen Staat wie Russland. Darum steigen wir um auf 100 Prozent erneuerbare Energien, die wir auch selbst gewinnen können.

#### E-Mobilität

Wir begrüßen die geplante Erhöhung der Elektrofahrzeuge auf 50 Prozent bis 2023. Diese Fahrzeuge betreiben wir am besten mit selbst erzeugtem Strom.

Der Ausbau der PV-Anlagen um 10 Prozent ist allerdings nicht ambitioniert genug. Darum werden wir uns wieder mit Vorschlägen zur Erreichung der Klimaneutralität einbringen. Wir können es uns schließlich NICHT leisten, keinen Klimaschutz zu betreiben, wie uns die verheerenden Überschwemmungen im Sommer oder aktuell die bis dahin nie erlebte Intensität der Wirbelstürme in der Mitte der USA zeigen. Mit jeder einzelnen Wetterkatastrophe steigt die Bereitschaft für Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe.

Wir investieren heute in die ökologischen Standards, um den späteren Generationen Kosten zu sparen.

Besonders freut uns, dass in diesem Jahr die Klimaschutzmanagerin ihren Dienst aufgenommen hat. Zusammen mit den Umweltbeauftragten wird sie den Bezirk maßgeblich darin unterstützen, die Klimaschutzziele zu erreichen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

## Soziales

### BIBay

Ein großes Projekt kommt erst langsam auf der politischen Ebene des Bezirkstages an. Das neue Bedarfsermittlungsinstrument BIBay. Das Instrument soll nach einer Erprobungsphase im nächsten Jahr an den Start gehen. Wegen Corona konnte die Pilotphase nur sehr eingeschränkte Erkenntnisse liefern.

Aktuelle Rückmeldungen aus den Reihen der Selbsthilfe und der Leistungserbringer lassen Zweifel an der geplanten Form der Bedarfsermittlung aufkommen. Ist die kurzfristige Übernahme des BIBay in den Echtbetrieb dann überhaupt zielführend? In der Technik spricht man von einem Beta-Test, wenn ein Produkt vor der Markteinführung von den späteren Benutzern getestet wird. Geht man nun an Stelle eines fertig entwickelten Produkts mit einer Beta-Version des BIBay an den Start?

Sollen die Leistungsberechtigten dann die Beta-Tester sein? Hoffentlich nicht.

### Wunsch- und Wahlrecht

Das Bundesteilhabegesetz stärkt das Wunsch- und Wahlrecht für Menschen mit Behinderung. Das ist die Theorie.

Aber was ist denn das Wunsch- und Wahlrecht wert, wenn Menschen, denen es in häuslicher Umgebung gut geht, dann aus Gründen des Kostenvorbehalts in ein Heim gezwungen werden.

Was ist uns das Wunsch- und Wahlrecht wert? Über diese Frage werden wir im nächsten Jahr eine Grundsatzdiskussion führen (müssen).

### WfbM

Eine weitere Diskussion führen wir über die heutige Form der Werkstätten für Menschen mit Behinderung.

Ist das wirklich Inklusion, wenn wir für Menschen mit Behinderung eine eigene Arbeitswelt schaffen und aufrechterhalten? Es geht keinesfalls darum, die Werkstätten von heute auf morgen abzuschaffen. Vielmehr muss der Bezirk den Rahmen für mehr Arbeitsmöglichkeiten außerhalb der WfbM schaffen.

Die jetzigen Leistungserbringer und Werkstattbetreiber können mit Projekten und Modellen wertvolle Unterstützung leisten, wenn vom Bezirk die Förderung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt ausgebaut wird.

### Zum Sozialhaushalt insgesamt

1,9 Mrd. Euro beträgt der Zuschussbedarf im Einzelplan 4 für Soziales. Davon knapp 1,3 Mrd. Euro für Hilfen für Menschen mit Behinderung. Ein gut angelegtes Geld. Am Sozialhaushalt darf nicht gespart werden.

### Kultur

Die rund 12 Millionen Euro für den Einzelplan Kultur fallen im direkten Vergleich geradezu gering aus, sind aber nicht zu vernachlässigen. Die Kultur ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusam-

menhält und mit der Kulturförderung des Bezirks lassen sich viele sinnstiftenden Projekte in ganz Oberbayern auf den Weg bringen.

### Gedenkbuch

Neben dem Erinnerungsbuch wurde für das Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus in Oberbayern eine eigene Haushaltsstelle geschaffen.

Es stimmt uns hoffnungsvoll, dass die Auftragsvergabe im Jahr 2023 erfolgen soll. Dafür müssen wir bereits im nächsten Jahr Vorbereitungen treffen.

Es geht auch um eine namentliche Erwähnung der Opfer zur Entstigmatisierung und um die Schicksale überhaupt bekannt zu machen. Das soll auch den noch lebenden Angehörigen ein Erinnern ermöglichen.

### Demokratisch oder nur demokratisch gewählt?

Eine demokratisch gewählte Partei ist noch lange keine demokratische Partei. Das wird oft verwechselt.

Der Bayerische Rundfunk hat die Umsturz- und Bürgerkriegsfantasien aus dem ominösen Chat-Protokoll der AfD ans Tageslicht befördert.

Wieder einmal sehen wir, welch Geistes Kind die Mitglieder von der Partei am rechten Rand sind, die auch bei uns im Bezirkstag vertreten ist.

Mit einem Rest von Anstand schmeißen sie die Rechtsradikalen raus oder kehren der Partei selbst den Rücken. Passiert beides nicht, dann muss man davon ausgehen, dass die verbleibenden Parteimitglieder die rechtsradikalen Strömungen mindestens gutheißen oder selbst Anhänger dieser Ideologie sind, die während des Nationalsozialismus die größten Verbrechen an der Menschheit verursacht hat. Sie geben sich als Opfer – aber nein, sie sind die Täter.

### Politische Bildung

Wir freuen uns, dass es in diesem Jahr gelungen ist, die Förderung der politischen Bildung beim Bezirksjugendring und den Jugendbildungsstätten so auf den Weg zu bringen, dass sie den Akteuren viel Freiheit in der Umsetzung lässt.

Jugendarbeit braucht gerade in diesen Zeiten eine verlässliche und unkomplizierte Förderung durch den Bezirk.

Die politische Bildung ist wichtiger denn je. Auf allen Ebenen diskutieren wir, wie wir mit den Auswirkungen des Corona-Virus umgehen. Ein Teil der Bevölkerung scheint allerdings immun zu sein gegen rationelle Argumente.

Nur ein Beispiel: Wenn man Leuten weißmachen kann, dass ein Entwurmungsmittel für Pferde gegen Corona hilft, dann frage ich mich, was diese Menschen sonst noch alles glauben.

Wir müssen insbesondere die jungen Menschen in die Lage zu bringen, Informationen zu bewerten und sich darüber hinaus gegen haltlose Verschwörungstheorien zu immunisieren.

### Kliniken

Eine Herausforderung für die Kliniken in den nächsten Jahren ist es, genügend Pflege-Personal zu finden und vor allem auch vorhandenes Personal im Beruf zu halten. Fortbildungsmöglichkeiten, Akademisierung der Pflege, der Beitritt in den Pflegeverbund sind wichtige Bausteine dazu. Aber es fehlt auch an Ärzt\*innen, vor allem in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, hier brauchen wir noch Lösungen, um schon während des Studiums dieses medizinische Fachgebiet attraktiver zu gestalten.

### Schließlich

Die Fraktion der GRÜNEN stimmt dem Haushalt zu.

Wir sehen, dass andere Parteien gerne im Kernbereich den Rotstift ansetzen und auch beim Personal sparen wollen. Wenn wir weiterhin innovativ sein und neue Wege einschlagen wollen, müssen wir uns auch personell dazu bekennen.

Klar ist, dass wir beim Thema Klimaschutz vorankommen müssen - und zwar schnell und konsequent. Auch dafür benötigen wir die personelle Ausstattung.

### Tausend Dank

An dieser Stelle möchte ich heute im Namen der Fraktion allen danken, die dazu beitragen, die großen und vielfältigen Aufgaben des Bezirks zu bewältigen.

Einen herzlichen Dank an Frau Hirschhuber und Herrn Getzlaff von der Kämmerei, denen es wieder einmal mit ihrem Team im Hintergrund gelungen ist, das Finanzwerk des Bezirks plausibel und nachvollziehbar darzustellen.

Besonders danken möchten wir dem gesamten Personal der Kliniken. Ihrem Engagement und ihrem Einsatz ist es zu verdanken, dass Patient\*innen auch während Corona eine gute Versorgung erhalten haben.

Unser Dank gilt weiterhin dem Gesamtpersonalrat, dem Betriebsrat, dem Verwaltungsrat sowie dem Vorstand der Kliniken.

Einen weiteren Dank an alle Mitarbeiter\*innen der Verwaltung und den kameralen Einrichtungen des Bezirks.

Vielen Dank auch an Sie, liebe Kolleg\*innen im Bezirkstag und im Präsidium für den konstruktiven Austausch.

Allen zusammen wünschen wir frohe Festtage und eine gemütliche Zeit zwischen den Jahren und schließlich einen guten Start ins neue Jahr 2022.

Vielen Dank!

### **Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Hofer (Fraktion Freie Wähler)**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,  
verehrtes Präsidium,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor ein paar Monaten saß ich mit einem Geschäftsführer eines großen Sozialverbandes beisammen. Ich fragte ihn, wie seine Sicht auf die gegenwärtige Situation sei. Es sagte: „Corona hängt wie eine Betondecke über uns“! Dieses Gespräch fand im Sommer statt. Das Thema ist gerade wieder präsenter denn je und wird uns noch Jahrzehnte in Erinnerung bleiben.

Dennoch haben wir Bezirke dafür zu sorgen, dass Menschen, die auf unsere Angebote und Leistungen angewiesen sind, insbesondere Behinderte, Pflegebedürftige und psychisch Kranke gut durch die Pandemie kommen. Diese „Betondecke“ müssen wir durch unendlichen Zusammenhalt der kommunalen Familie stützen. Und diesen Zusammenhalt haben wir im letzten Jahr bei den Verhandlungen mit den Landräten gesehen und auch heuer wieder. Und auch die Kommunen in den Landkreisen, wo das Geld erwirtschaftet wird, tragen diese Verantwortung mit.

Während 2022 noch recht passabel ausschaut, dank staatlicher Hilfen, trotz stetiger, steigender Sozialausgaben, wissen wir nicht was die kommenden Jahre bringen? Was macht die neue Regierung? Bringen die so manche soziale Leistung auf den Prüfstand? Wie gehen sie mit dem Fachkräftemangel - in allen Bereichen - um? Wer packt endlich den demographischen Wandel an, der bis heute von ausnahmslos keiner Regierung angepackt wurde. In weniger als 10 Jahren gehen die Babyboomer in Rente und unsere „Freitagskinder“ müssen allmählich dieses Land wuppen!

Schau ma mal sagt der Franz.....

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Haushalt 2022 hat uns unser Präsident gerade vorgestellt und ich nehme an, bei den Fraktionen war, wie jedes Jahr, Herr Getzlaff und Frau Hirschhuber. Wofür ich mich im Namen der Freien Wähler Fraktion sehr herzlich bedanke. Heuer fand unsere Haushaltsbesprechung im Kloster Seeon statt, wo wir auf Klausur waren. Kloster Seeon, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine Reise wert. Was wir da geschaffen haben ist einfach „bärig“! Und wenn in Bayern was „bärig“ ist, dann ist das was sehr Gutes!

„Bärig“ ist es auch und eine große Hilfe für Menschen, dass wir vor 5 Jahren den psychiatrischen Krisendienst ins Leben gerufen haben. Hier haben wir Hilfe für Menschen geschaffen, hier haben

wir Prävention für Menschen geschaffen. Hätten wir eine Zeitmaschine, könnten wir sehen was mit Menschen passiert wäre, wenn sie nicht zur rechten Zeit unsere Nummer wählen hätten können.

Eine weitere Erfolgsgeschichte, und somit „bärig“ und eine große Hilfe für Menschen, sind und werden die Pflegestützpunkte. Eine Frau aus meinem Landkreis hat mir neulich erzählt, „als ich in der Tageszeitung von den Pflegestützpunkten in Rosenheim Stadt und Land gelesen hatte, fiel mir ein Stein von Herzen“. Die Frau, Mitarbeiterin einer Pflegekasse, selbst am Beratungstelefon, erzählte, dass sie ständig unterbesetzt sind und somit den Pflegebedürftigen oder deren Angehörigen oft keine gute Hilfe sind. Das ist jetzt Gott sei Dank geregelt.

Am 10. Juli 2021 starb im Alter von 96 Jahren in Hamburg die Holocaust Überlebende Esther Bejarano.

Sie prägte den Satz: „Ihr seid nicht schuldig für das was damals geschehen ist, aber ihr macht euch schuldig, wenn ihr nichts von dieser Geschichte wissen wollt“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, die Euro, die der Bezirk Oberbayern und auch die anderen Bezirke für den Bereich der Erinnerungskultur ausgeben, ist hinsichtlich der Erlebnisse einer Esther Bejarano und vielen anderen nicht viel. Dennoch machen wir durch unser Tun deutlich, dass sich der Bezirk Oberbayern und die Kliniken der kbo dieser Geschichte stellen.

„Es ist geschehen, folglich kann es wieder geschehen“, erinnerte Esther Bejarano immer wieder, bis an ihr Lebensende.....

Zum Schluss möchte ich einen Auszug aus einem Interview aus dem Bezirksblatt vorlesen.

„Ich habe schon früh wahrgenommen, dass Menschen seltsam auf meine Eltern reagieren. Viele dachten, sie seien weniger intelligent und wert. Meine Eltern haben viel Ungerechtigkeit und Diskriminierung erfahren. Sie nahmen das oft gelassen hin. Mich hat das oft wütend gemacht. Ich erinnere mich oft an Beleidigungen von Seiten der Mutter meiner besten Freundin. Eine Lehrerin gab mir trotz entsprechender Noten keine Gymnasialempfehlung, weil sie meinte, meine Eltern können mir nicht beim Lernen helfen. Solche Dinge haben mich allerdings noch mehr angestachelt zu zeigen, was ich kann. Meine Eltern konnten mir alles geben und sind beeindruckende Vorbilder. Nur hören können Sie eben nicht.

**Deshalb ist es mir auch sehr wichtig, die Möglichkeiten von Menschen mit Behinderung auszubauen“.**

Vielen Dank für diese Worte die mich sehr gerührt haben, liebe Frau Jasmin Groh, die neue Leiterin des Berufsbildungszentrums in Johanniskirchen.

Die Fraktion der Freien Wähler Bayern wird dem Haushalt 2022 zustimmen.

Ich darf euch im Namen unserer Fraktion schöne Weihnachten und ein gutes gesundes Neues Jahr wünschen.

Unserer Regierungspräsidentin, die uns heute zum letzten Mal besucht hat, darf ich alles Gute für den Ruhestand wünschen. Frau Els, bleiben Sie gesund und munter, so wie wir Sie immer erlebt haben.

Herzlichen Dank!

### **Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Hügenell (Fraktion SPD)**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin Els,  
sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Mederer,  
sehr geehrtes Präsidium,  
werte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ich werde jetzt in den folgenden Einlassungen im Namen der SPD Bezirkstagsfraktion zum Haushalt 2022 Stellung nehmen.

Wie jedes Jahr haben uns Frau Hirschhuber und Herr Getzlaff ausführlichst den umfangreichen Haushalt erläutert und konnten auch unsere Nachfragen hinlänglich beantworten. Ein herzliches Dankeschön dafür.

Die Eckdaten des vorgelegten Haushalts sind ja allen bekannt, da möchte ich gar nicht näher darauf eingehen.

Lohnenswert ist ein Blick in die zurückliegenden Haushaltsansätze, durch einen sehr sicheren, soweit wie eben möglich - vorsichtig kalkulierten Haushalt ist der prognostizierte Rücklagenstand für das Jahr 2021 wesentlich höher als ursprünglich erwartet, ebenso musste die Kreditemächtigung so gut wie nicht in Anspruch genommen werden, daher sind wir u.a. in Blick auf das Jahr 2022 in einer finanziell relativ komfortablen Ausgangslage - dies ist sehr erfreulich und dies ohne dabei den Rotstift angesetzt zu haben, aber die Grundsätze im Blick sparsam und wirtschaftlich zu handeln.

Die angesetzte Kreditemächtigung für den Investitionshaushalt 2022 tragen wir natürlich mit. Die Liste der Investitionen in allen Bereichen ist zukunftsorientiert. Die Mehreinnahmen durch die nochmalige Erhöhung der Umlagekraft - die Gründe grundsätzlich hierfür sind u.a. die pandemiebedingten Ausgleichszahlungen des Bundes und Landes- bei der Position der jungen Erwachsenen einzusetzen tragen wir mit - zum einen, weil die Abrechnungen mit den Kommunen immer noch schwierig und zeitversetzt stattfinden und sich zum anderen die Lage in 2022 auch ändern kann, ich denke da nur an die angespannte und menschenunwürdige Situation der Flüchtlinge an der Grenze zu Belarus.

Keiner mag vorhersagen, ob es in 2022 nochmal zu starken Einschränkungen durch die Pandemie kommt, daher war es richtig und ist ein Signal an Einrichtungen und Träger, dass pandemiebedingte Mehrausgaben oder Veränderungen wohlwollend und flexibel gehandhabt werden, sowohl im Sozialbereich als auch u.a. im Kulturbereich.

Ich werde nicht auf alle Themen und Beschlüsse eingehen - dies haben wir ja in den entsprechenden Ausschüssen mit unserer Zustimmung mitgetragen. Das soll auch keine Wertung sein.

Die Haushaltsansätze außer im Sozialbereich entsprechen in etwa den Zahlen des Vorjahres, die Haushaltsberatungen mit allen Partnerinnen und Partner intern als auch extern waren konstruktiv geprägt und im Blick, dass die Finanzausstattung auskömmlich ist, handlungsfähig macht und Weiterentwicklungen erlauben, dafür ein Dank von unserer Fraktion an alle Partnerinnen und Partner.

Nun zum Sozialbereich, da haben wir erhebliche Ausgabensteigerungen – dies hat unterschiedliche Gründe – Personalkostensteigerungen – Fallzahlensteigerungen, ebenso den Ausbau von Angeboten, sowohl im pauschal finanzierten Bereich als auch bei den Platzangeboten.

Die Mobilitätshilfe – die jüngste Entscheidung, keine Prüfung mehr beim Grundpauschalbetrag durchzuführen und damit auch verbunden ein Umdenken was den Teilhabebegriff betrifft – was wir schon länger gefordert haben - ist sehr positiv im Sinne der Betroffenen. Kritisch sehen wir immer noch, dass die Fallzahlen sehr niedrig kalkuliert sind.

Die Pflegestützpunkte werden bald flächendeckend in fast ganz Oberbayern eingeführt sein, dies macht eine wohnortnahe Beratung möglich ergänzt durch die Außensprechstunden der Sozialverwaltung über die Leistungen des Bezirks.

Der psychiatrische Krisendienst getragen von der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege und dem KBO, erreichbar rund um die Uhr und unter der kostenlosen Nummer mit einheitlichem Auftritt in Bayern ist ein großer Erfolg, die Geschäftsstelle wurde 2021 installiert.



Die Schaffung des Inklusionsbeirats auf Oberbayernebene – die Satzung beschließen wir ja heute noch – damit kann das Gremium in 2022 mit Leben gefüllt werden – eine wichtige Entwicklung für die Inklusion.

Den Stellenplan - Mehrungen wurden uns ausführlich in der Fraktion vorgestellt - u.a. sind auch Umwandlungen im schulischen Bereich dabei von Honorarstellen in Festanstellungen, das sehen wir als richtig und wichtig an - aus unserer Sicht sollten wir die Möglichkeit der Zeitarbeitskräfte nur im äußersten Notfall nutzen - Ziel sollen Festanstellungen sein. Stellenmehrungen im Sozialbereich gehen einher mit politischen Entscheidungen im Ausschuss, aber auch den Zielen von Bezirk 2030plus. Sehr bedauerlich ist, dass in letzter Zeit häufig Stellenbewerberinnen/-bewerber kurzfristig zurückziehen.

Die Überleitung der IT in die GmbH scheint jetzt auf einem guten Weg zu sein – in der Führung musste eine harte Personalentscheidung getroffen werden, die dringend notwendig war. Die eingesetzte Doppelspitze hat sich bewährt.

Bezirk 2030 plus hat viele neue Prozesse in der Verwaltung angestoßen und konstruktive Veränderungen ermöglicht, die es sonst nicht gegeben hätte. Die begleitende Arbeitsgruppe mit Vertretern und Vertreterinnen aus der Politik hat sich bewährt.

Wir hoffen, dass es endlich in 2022 zu einer Entscheidung hinsichtlich Neubaus – Standort der Nepomuk von Kurz Schule Ingolstadt kommt - eine never ending story.

**Kloster Seon** – die personelle Situation ist sehr angespannt, der Beschluss, einen Haustarifvertrag einzuführen, kann bei der Personalgewinnung hoffentlich gegensteuern.

Ein Teil der Sanierungen ist ja abgeschlossen, die Umbauten der Zimmer kommen gut voran, die Umgestaltung ist sehr ansprechend, der Foyer-Bereich ist ebenfalls in der Umgestaltung und dies im laufenden Betrieb – wir konnten uns bei unserer Klausur persönlich ein Bild davon machen – die Außenanlagen werden barrierefrei umgestaltet. Dies ist alles sehr positiv.

### **Zentrum für Volksmusik, Literatur und Populärmusik – kurz ZeMuLi**

Den Grundsatzbeschluss zur Umgestaltung vom Volksmusikarchiv hin zum ZeMuLi haben wir ja schon vor einigen Jahren gefasst und dahingehend auch die umliegenden Gebäude erworben. Wir als SPD-Fraktion haben das damals mitgetragen und stehen auch jetzt dazu, werden den Umwandlungsprozess aktiv unterstützen. Personell war es wegen der Pandemie und verschiedenen anderen Gründen schwierig. Die Mitarbeitenden vor Ort brauchen und haben den Rückhalt der Politik, damit sie auch gestalten können. Wir hoffen die Querelen nehmen ein Ende. Das Nutzungskonzept incl. Ressourcenplanungen ist ja auf der Tagesordnung, ebenso notwendige umfangreiche Investitionen und die notwendigen Stellenmehrungen, da wir alles unterstützen.

Unser Kommunalunternehmen steht durch die Pandemie immer noch vor großen Herausforderungen bei der psychiatrischen Versorgung der Menschen in Oberbayern. Der gemeinsame Neubau in Wasserburg - Psychiatrie und Somatik - ist weit fortgeschritten wir konnten uns als Fraktion selber davon überzeugen. Ein wichtiger Beitrag für die Entstigmatisierung der Psychiatrie. Die Dezentralisierung hat weiterhin eine hohe Priorität, beispielhaft sei der Grundstückserwerb in Wolf- ratshausen genannt – Aufbau von wohnortnahen Angeboten, Tageskliniken, psychiatrische Institutsambulanzen. Immer auch die Ziele von kbo 2030 plus im Blick. Beim kbo Kinderzentrum geht der Neubau gut voran, dazu gehört auch die Entscheidung über den Neubau der Außenstelle August Heckscher Schule, das ist sehr erfreulich, wenn auch noch Schwierigkeiten überwunden werden müssen.

Die jüngsten alarmierenden Meldungen von Überbelegung und langen Wartezeiten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, u.a. der Heckscher Klinik als Notfallversorger, sind erschreckend, da bitten wir dringend das Thema zur Chefsache zu machen. Uns ist bewusst, dass zusätzliche Räume alleine nicht das Problem lösen, sondern es braucht das entsprechende Personal dafür, was eher schwierig ist.

Wir als SPD-Fraktion stimmen dem Haushalt 2022 in der vorgelegten Fassung zu.

Mit Blick auf die kommenden Jahre muss die Finanzausstattung durch Land und Bund noch weiter verbessert werden, um dem gesetzlichen Auftrag, den wir als Bezirk zu erfüllen haben, auch gerecht zu werden!

Wir sind der Auffassung, dass wir trotz der fordernden Zeiten gute Entscheidungen getroffen haben, auch im Blick auf das Jahr 2022 gute Vorhaben planen und vorantreiben, neue Akzente setzen in Richtung Inklusion – die weitere Umsetzung des BTHG´s wird uns auch in 2022 beschäftigen, ebenso wie die Ausgestaltung des Kulturbereichs, der Klimaschutz und die Ökologie in Oberbayern.

Ich danke allen im Namen der SPD Bezirkstagsfraktion, sowohl auf den Leitungsebenen als auch den Beschäftigten der Bezirksverwaltung, unserer Kliniken, der Einrichtungen, ebenso unseren Partnerinnen und Partnern die Anliegen und Aufgaben zu bewältigen und im Blick die Zukunft Oberbayerns zu gestalten.

Unser Dank geht ebenso an den Bezirkstagspräsidenten, die Koop-Partner\*innen und die Bezirkstagskolleg\*innen für die meist gute und konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle der Bürger\*innen in Oberbayern und den Anliegen des Bezirks.

Ich/wir wünschen Ihnen und Ihren Familien trotz der persönlichen, sicherlich auch beruflich, aber auch für uns als Politikerinnen und Politikern ungewöhnlichen Zeiten ein geruhames Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr und bleiben Sie gesund.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

### **Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Demmel (Fraktion AfD)**

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,  
sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Vizepräsidenten, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, verehrte Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Gäste,  
sehr geehrte Pressevertreter,

heute wird der Haushalt für 2022 beschlossen. Auch wir werden das vergangene Jahr Revue passieren lassen und zum Haushalt sprechen. Ich werde mich dabei kurzfassen.  
Heute haben wir beinahe zwei Jahre Krise hinter uns und wir wissen noch nicht, wie viele Monate oder Jahre es noch dauern wird, die Lage wieder in den Griff zu bekommen.  
In jedem Fall zerrt es an den Kräften von uns allen.

Aber zunächst bedanken wir uns wieder ganz herzlich bei Frau Hirschhuber und Herrn Getzlaff für die geniale Aufbereitung und Präsentation der Daten zum Haushalt und der korrekten Führung der Haushaltsbücher, was mit Sicherheit enorme Anstrengungen in diesen Zeiten erfordert. Aber auch die Arbeit und Leistung der Verwaltung hier und in den Institutionen vor Ort wollen wir anerkennen und ihr Respekt zollen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushaltsplan 2021 hatte bereits gezeigt, wie komplex die Aufgaben der Bezirke sind und welche Hürden mit der Coronakrise genommen werden müssen. Und heute, nach fast zwei Jahren Dauerkrise, hat sich nicht viel verbessert. Trotz aller Bemühungen - vielmehr sogar verschlimmert.

Auf den Haushalt 2022 bezogen, bedeutet das aber wieder:

- genehmigungspflichtiger Haushalt
- Kreditaufnahmeermächtigung für 15,6 Mio Euro
- Erhöhung des Umlagehebesatz auf 22%
- Zugriff auf Rücklagen

Dabei greift der Haushalt 2022 auf die Zahlen aus 2020, was die Grundlagen für den Haushalt 2022 darstellen. Schon damals war abzusehen, dass es zu enormen Einnahmeneinbrüchen kommen wird.

Die Staatsregierung hat dann die „Zahlen“ gerettet, indem sie die Defizite aus dem Steueraufkommen teilweise ausglich und die Steuerkraft somit doch höher war als damals angenommen.

Diese Ausgleichszahlungen täuschen aber über die tatsächliche, reale Wirtschafts- bzw. Steuerkraft hinweg. Es stellt künstlich etwas dar, was so nicht real existiert.

Es sind Gelder, die am Ende doch wieder vom Steuerzahler aufgebracht werden und nachfolgenden Generationen als Schulden vererbt werden. Vor allem werden die tatsächlichen Defizite unsichtbar und das Problem nur auf später verschoben.

Zu den Zahlen und Fakten:

Im Haushaltsplan 2022 steigen die Ausgaben für die "Allgemeine Verwaltung" um rd. 27 % (26,57%) gegenüber 2020 an,

während im gleichen Zeitraum die Leistungen in diesem Haushalt - also EP 1-9 zusammen - um 11,4 % ansteigen.

Die soziale Sicherung, also die mit Abstand größte Position, steigt um 12,5 %.

Die Verwaltungsausgaben steigen also mehr als doppelt so schnell, als die Leistung soziale Sicherung, aber auch mehr als doppelt so schnell, wie die gesamten Leistungen im Verwaltungshaushalt.

Für sich allein betrachtet, verdoppeln sich bei diesem Trend die Verwaltungsausgaben alle 6 Jahre.

Im Jahr 2020 ist der relative Anteil der Verwaltungsausgaben am gesamten Verwaltungshaushalt noch bei 1,6 % und soll im Jahr 2022 bereits 1,8 % betragen. Das entspricht einer Zunahme um 12,4 % innerhalb von 2 Jahren.

Beim Vermögenshaushalt ist die Situation sogar noch extremer.

Hier steigen die Verwaltungsausgaben im Jahr 2022 um satte 467 % gegenüber 2020. Selbst gegenüber 2021 liegt der Anstieg bei rd. 90%.

Demgegenüber steigt der Vermögenshaushalt ohne die Verwaltungsausgaben (also 1-9 zusammen ohne 0) nur um 21,5 % über die 2 Jahre.

Diese Zahlen zeigen klar, wie die Situation sich entwickelt hat.

Jedes seröse Privatunternehmen, das „schlechten Zeiten“ entgegensieht, ergreift Maßnahmen zur Vorsorge. Es würde seine Ausgaben auf ein notwendiges Mindestmaß reduzieren, nicht absolut dringliche Investition zurückstellen und alles, was nicht betrieblich notwendig ist, zurückfahren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Alternative für Deutschland appellieren wir auch dieses Jahr wieder, dass der Bezirk sich auf die wirklich essenziellen Aufgaben konzentriert und Maßnahmen, die nicht zu den Pflichtaufgaben und der sozialen Absicherung unserer Klientel gehören, auf später zu verschieben.

Leider sehen wir nicht, dass diesem Appell oder dieser Bitte in irgendeiner Weise entgegengekommen wäre. Die Ausgaben steigen u.a. in Bereichen, in denen das unter den Umständen der Krise nicht angemessen ist.

Natürlich dürfen wir nicht an den Leistungen für die Bedürftigen sparen. Ganz im Gegenteil: Es muss viel mehr von dem aufgewandten Geld bei diesen Menschen ankommen und nicht für die

Verwaltung der Menschen auf der Strecke bleiben. Und selbstverständlich müssen auch die Menschen gut für ihren Einsatz und ihre Hilfen entlohnt und gewürdigt werden, die sich für das Wohl der Menschen aufopfernd einsetzen und all das am Laufen halten.

Ein „Klimamanager“, der aufzeigt, wo in den Einrichtungen Einsparpotential zu finden ist, macht mit Sicherheit Sinn, solange dieser Manager als primäre Aufgabe den Schutz der Umwelt sieht und sich quasi selbst verdient.

Was wir kritisieren, sind z.B. der immer weiter steigende Einsatz von externen Beratern und Fachexperten. Das muss sich auf notwendige Ausnahmen reduzieren.

Uns ist bewusst, dass es in manchen Bereichen spezielles Wissen bedarf, um Projekte effizient umzusetzen. Dabei muss aber klar geprüft werden, ob dieses Projekt im Moment im Hinblick auf die Lage auch wirklich notwendig ist.

Die Umstellung des Bezirks auf gendergerechte Sprache ist ein solches Beispiel, was niemand wirklich braucht. Gendersprache bedeutet die Verunstaltung der Sprache generell und insbesondere für Menschen mit Behinderung eine zusätzliche Hürde und Verwirrung. Gegenüber der „leichten Sprache“ ist das völlig kontraproduktiv und kostet dabei auch noch viel Geld und Zeit.

Die Verwaltung hat sich zum Ziel gesetzt, effizienter, moderner, nachhaltiger und „kundenfreundlicher“ zu werden.

Das Projekt „Bezirk 2030+“ ist hier grundsätzlich ein guter Ansatz und wichtiger Prozess, in allen Bereichen zu wirken. Viele Fragen sind darin noch ungeklärt und müssen ehrlich und seriös diskutiert werden. An der Diskussion müssen alle beteiligt werden und auch kritische Stimmen sind wertvoll und wichtig.

Im Umweltschutz müssen wir fragen, welche Lösungen einem realistischen Naturschutz gerecht werden und dem Planeten nachhaltig helfen, ohne anderswo Schäden und Umweltbelastungen hervorzurufen. Dabei muss die soziale und wirtschaftliche Absicherung der Menschen gewährleistet sein.

Es sind oft die kleinen Dinge, die Großes bewirken. Wer denkt schon daran, wie viel CO<sub>2</sub> die tägliche E-Mail-Flut erzeugt? Wie viel Strom die Digitalisierung tatsächlich benötigt? Oder wie der Drucker mit dem Tonerverbrauch umgeht? Wie viel das Homeoffice Energie benötigt, was dann aber nicht zum Gesamtbedarf mitgerechnet wird.

Auch muss der Bezirk Vorsorge treffen, wie auf einen möglichen, kompletten Black-out reagiert werden kann. Wie sieht da der Katastrophenplan aus? Wird das mitgedacht, bei der Transformation zur alleinigen erneuerbaren Energie und zugleich Installation von immer mehr Stromabnehmern, wenn nun bald die Atomenergie abgeschaltet wird und das Wetter nicht das bringt, was wir an Energie bräuchten?

Welchen „Plan B“ geht der Bezirk, wenn die gedachten Pläne nicht aufgehen und wir in der Sackgasse landen?

„Global Denken – lokal handeln“ ist da schon einige Schritte weiter und sich bewusst, dass die Fokussierung auf CO<sub>2</sub> Neutralität mit E-Mobilität nicht zielführend den Planeten retten wird.

Übrigens: Das Argument der Grünen, die E-Mobilität noch auszubauen, weil wir doch dieses Jahr Förderungen noch mitnehmen sollten, ist der Griff in die Taschen der Steuerzahler, die das finanzieren müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Coronavirus und seine Mutanten erzeugt viel Leid und Sorge. Durch die Infektion selbst, die geeignet ist, vulnerable Menschen stark zu schädigen oder sogar zu töten.

Aber auch die Maßnahmen zur Eindämmung - oder der Versuch der Überwindung der Gefahren durch SarsCov2 bringen ein hohes Konfliktpotential in die Gesamtgesellschaft. Neben wirtschaftlichen Einbrüchen kommen psychosoziale Krisen zutage. Es ist mittlerweile eindeutig bekannt, dass Kinder und Jugendliche hohen psychischen Belastungen ausgesetzt sind und sich die Suizidrate stark erhöht hat. Dieser Tragödie müssen wir dringend Lösungen entgegensetzen.

Der Glaube, die Lösung allein in der Impfung zu finden, wird dieses Problem leider nicht beseitigen.

Die angekündigte Impfpflicht im Gesundheitsbereich wird auch die Bezirkseinrichtungen hart treffen. Wir werden voraussichtlich relativ viele Pflegekräfte verlieren, die sich gegen die Impfung stellen und lieber kündigen. Wir sollten darauf vorbereitet sein.

Sehr geehrter Herr Präsident Mederer,

letztes Jahr haben wir Sie als engagierten, hochkompetenten und sozialen Menschen, mit viel Herzblut und Vernunft, beschrieben und Sie gebeten, sich selbst treu zu bleiben. Dieses Jahr haben sich Dinge ereignet, die wir kritisieren und noch offene Fragen geklärt haben wollen:

- Die Sache mit dem Schreiben an den Verein des Volksmusikarchives ist noch nicht abschließend geklärt.
- Die hohe Personalfuktuation und Beschwerden über den Bezirk.
- Ausgrenzendes und unkollegiales Verhalten wird toleriert.
- Das Neutralitätsgebot wird scheinbar teilweise missachtet.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

Aus den geschilderten Gründen und der Prognoseunsicherheit über die weitere Entwicklung:

- lehnt die AfD-Fraktion den Haushaltsplan 2022 ab.
- Dem Wirtschaftsplan 2021/2022 Bezirkgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen stimmen wir zu.
- Dem Wirtschaftsplan 2022 des Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon stimmen wir zu.
- Den Finanzplänen 2021 bis 2025 mit den Investitionsprogrammen stimmen wir zu.
- Dem Stellenplan 2022 stimmen wir zu.
- Die Erhöhung des Hebesatzes auf 22% lehnen wir ab.

Sehr geehrte Damen und Herren, am Schluss möchte ich noch anmerken:

unsere Meinungen zu den Sachthemen entnehmen Sie bitte bei Interesse dem Protokoll in schriftlicher Form.

Ich wünsche Ihnen allen im Namen der Fraktion der Alternative für Deutschland gute Gesundheit und eine friedliche Weihnachtszeit.

Unserer Frau Regierungspräsidentin Maria Els wünschen wir alles Gute für ihre Zukunft und eine angenehme, ruhige, aber auch spannende und gesunde Zeit im wohl verdienten Ruhestand.

Sorgen wir dafür, dass wir unseren Anvertrauten das Leben etwas leichter machen und dass sie am gesamtgesellschaftlichen Leben in Würde teilhaben können und gut integriert sind. Lassen wir nicht zu, dass die Gesellschaft sich weiter spaltet.

Halten wir alle die freiheitlich demokratische Grundordnung hoch und geben wir alle ein Vorbild für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ab, indem wir Demokratie leben. Hinterfragen wir alle unsere eigenen Überzeugungen kritisch.

Vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen, die sich immer fair und menschlich mit uns auseinandersetzen. Und diejenigen, die denken, Menschen ausgrenzen zu müssen und ihren Hass nicht in den Griff bekommen, empfehle ich einen guten Therapeuten.

Frieden, Freiheit, Weisheit und Gesundheit uns Allen und den Mut zum Selberdenken!

### **Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Münster (Fraktion FDP)**

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,

sehr geehrter Herr Präsident,  
verehrtes Präsidium,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren,

heute wächst mir die Ehre zu, Ihnen die Einschätzung der FDP-Fraktion zum Haushaltsentwurf des Bezirks Oberbayern für das Jahr 2022 bekannt zu geben. Den Ausführungen meiner Vorredner zur Aufgabenerfüllung der Herausforderungen der Pandemie schließe ich mich uneingeschränkt an. Im Übrigen möchte ich zu den Aufgaben des Bezirks zurückkehren und nicht wie mein Vorredner die großen Fragen der Welt beleuchten.

Die Haushaltsaufstellung ist die Königsdisziplin der kommunalen Selbstverwaltung. Ein beeindruckendes, 532 Seiten starkes Werk zuzüglich verschiedener Anhänge liegt uns zur Beschlussfassung vor. Der Kämmerei gebührt dafür großer Dank, insbesondere Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, aber auch den Mitarbeiterinnen der strategischen Personalplanung, die uns die Ansätze in Fraktionsgesprächen näherbrachten.

Wir alle - persönlich oder virtuell anwesend - sind uns der Tatsache bewusst, dass wir die großen Aufgaben des Bezirks, besonders die Pflichtaufgabe der überörtlichen Sozialhilfe zu bewältigen haben. Wir gehen einig, dass der Bezirk mit innovativen Ideen das große Ziel der Inklusion vorantreiben muss. Wir werden dabei mutig voranschreiten, auch um der Vorreiterrolle des Bezirks Oberbayerns für den Freistaat Bayern, aber auch für die Bundesrepublik Deutschland gerecht zu werden. Viele der Projekte des Bezirks haben meine Vorredner bereits erwähnt, z. B. den psychiatrischen Krisendienst, die Pflegestützpunkte, Kloster Seeon oder die Aufgaben der Erinnerungskultur, ich verzichte daher auf Wiederholungen. Dem Dank an das Präsidium, Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bezirks und seiner Beteiligungen schließe ich mich an dieser Stelle ausdrücklich an.

Der Haushalt unterliegt dabei stets den Grundsätzen kommunalen Haushaltsrechts, der Haushaltsklarheit und -wahrheit und vor allem der sparsamen Haushaltsführung. Folgerichtig hat der Bezirkstag bereits in den vergangenen Jahren die durch Gesetzesnovellen entstandenen Mehraufwendungen kritisch beleuchtet, beispielsweise den Personalaufwuchs infolge der Neufassung des BTHG, dessen Zielerreichung über die Personalsteigerung in der Verwaltung vorhin schon zu Recht in Frage gestellt worden ist oder die zusätzlichen Sachkosten während der Erprobungsphase des Angehörigen-Entlastungsgesetzes. Auf die dringend erforderliche Erhöhung der Finanzausgleichsmittel haben bereits mehrere Redner vorhin rekuriert. Diese gilt es dringend zu steigern, nicht nur erneut zu erwähnen.

Vor einem Jahr haben uns, der FDP-Fraktion die sprunghaft wachsende Belegschaft und ein erheblicher Ausgabensprung im Einzelplan 4 große Sorgen bereitet. Wir haben die Algorithmen hinter den Kostensteigerungen hinterfragt und die zugrundeliegenden Annahmen bei den Fallzahlensteigerungen betrachtet. Am Ende haben wir trotz erheblicher Bedenken für den Haushalt gestimmt, aber auch klar zum Ausdruck gebracht, dass wir angesichts der schwierigen Lage der Kommunen jeden Haushalt aufs Neue bewerten werden.

Uns ist als FDP-Fraktion auch verständlich, dass in verschiedenen Bereichen Nachsteuerungsbedarf bei der personellen Besetzung besteht. Gerade Leistungsempfänger berichten immer wieder über erhebliche Verzögerungen bei der Bearbeitung ihrer Anträge. Dort Abhilfe zu schaffen, ist sinnvoll und richtig. Ebenfalls würdigen wir positiv, dass die Bezirksverwaltung die ursprünglich in weit größerer Zahl beantragten Stellen schon kritisch beleuchtet und reduziert hat. Dennoch passt eine Stellenmehrung um knapp 2 % nicht in die politische Landschaft des Jahres 2022. Tariflich steht uns kommendes Jahr eine Kostenmehrung von 1,8 % im Personalbereich ins Haus. Sollten die geplanten Stellen tatsächlich besetzt werden können, liegt die Steigerung bei mehr als dem doppelten. Betrachten wir die geplanten zusätzlichen Stellen im Einzelnen, so sind nur sieben von über 40 neu zu schaffenden Stellen ohne Sperrvermerk der Leistungsverwaltung zuzuordnen. Selbst wenn wir die 11 Ausgleichsstellen der Abteilung II hinzurechnen, erreichen diese die Hälfte nicht. Das Gleiche gilt bei den 12,5 zu schaffenden Stellen mit Sperrvermerk. Auch dort bleiben

diese mit sechs Stellen unterhalb von 50%. Ebenso fällt auf, dass viele Stellen z.B. in den Bereichen Imkerei, Fischerei oder auch der Brauchtumpflege zukünftig auch mit Beamten besetzt werden können. Langfristig belastet dies im Falle der Umsetzung den Bezirk mit erheblichen Ruhestandszahlungen. Aus unserer Sicht wäre es angezeigt gewesen, freiwerdende Stellen 2022 auf ihre Erforderlichkeit hin zu überprüfen, gegebenenfalls umzuwidmen und neue Stellen erst im Jahr 2023 zu schaffen. Wir haben unsere Ablehnung der Verwaltungsüberlegungen bereits bei der Vorstellung der Personalplanung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Ich möchte kurz die Entwicklung des Einzelplans 4 in den letzten Jahren beleuchten. Immerhin stellt er mit 2,14 Mrd. € den maßgeblichen Anteil des Haushaltsplanvolumens von 2,27 Mrd. € dar. Nur zum Vergleich, die Bezirksumlage umfasst laut Plan nächstes Jahr ein Volumen von 1,9 Mrd. €. Wir haben nach jahrelang ansteigenden Fallzahlen in der Eingliederungshilfe erstmals die gesamte Zielgruppe erreicht. Etwa 48.600 Menschen sind in Oberbayern leistungsberechtigt, eine Steigerung ist auch mittelfristig nicht mehr zu erwarten. Damit haben wir den gesetzlichen Auftrag umgesetzt. Das ist ein großer Erfolg unserer Inklusionsbemühungen. Gleichzeitig stehen wir damit aber auch an einem Wendepunkt, zukünftig muss sich der Bezirk nicht mehr quantitativen, sondern qualitativen Verbesserungen widmen. Auch das führt zu Kostensteigerungen, aber die Mehrungen werden gegenüber den zurückliegenden Jahren doch deutlich geringer ausfallen. Allein bei der Eingliederungshilfe, der Hhst. 48813 steigt der Ansatz von 621 Mio. € im Plan 2021 um knapp 43 Mio. € auf 664 Mio. € für das 2022. Im Jahr 2020 hat der Bezirk Oberbayern für Eingliederungsleistungen insgesamt 548 Mio. € aufgewandt, fast 40 Mio. € weniger als die im Haushaltsplan eingestellten 588 Mio. €. Diese Mittel haben wir über die Bezirksumlage den Landkreisen und diese wiederum den Städten und Gemeinden entzogen. Auf diesen Umstand komme ich später nochmals zu sprechen. Zunächst der Rücklage zugeführt, haben wir das Geld nach Plan 2021 wieder entnommen. Da wir die Dinge rational und realistisch betrachten, gehen auch wir angesichts inflationärer Tendenzen von weiteren Kostensteigerungen aus. In welcher Höhe aber die tatsächlichen Ausgaben liegen werden, ist, meine Damen und Herren, weder Ihnen noch mir heute abschließend bekannt. Die Kostenmehrung von Ist 2020 zu Plan 2022 erreicht mit über 21 % erstaunliche Höhen, mit der wir als Bezirk bei stagnierenden Fallzahlen aus unserer Sicht nicht rechnen müssen. Deshalb habe ich bereits im Sozial- und Gesundheitsausschuss deutlich gemacht, dass wir uns eine pauschale Minderung der Ansätze um 30 Mio. € vorstellen können. Dies ist auch in keiner Weise unsozial, wie einige entgegenhalten könnten. Im Gegenteil, dies ist ein Akt der Solidarität und Gerechtigkeit innerhalb der kommunalen Familie, der wir uns ebenso verpflichtet sehen wie der Solidarität und der Gerechtigkeit mit den Menschen, für die wir Verantwortung im Bereich der überörtlichen Sozialhilfe tragen. Wenn wir wider Erwarten den Ansatz des Einzelplans 4 nach pauschaler Reduzierung tatsächlich überschreiten würden, werden wir gerne mit Ihnen gemeinsam einen Nachtragshaushalt beschließen. Dieses vom Gesetzgeber vorgesehene Instrument zur Deckung weiteren Finanzbedarfs müssten wir auch nutzen, wenn die jetzt im Haushalt enthaltenen Ansätze, die bekanntlich ebenfalls das Ergebnis von Rechenmodellen und Schätzungen sind, überschritten würden. Somit werden wir unserem gesetzlichen Auftrag in jedem Fall gerecht werden können.

Lassen Sie mich bitte ausführen, weshalb wir zu dieser Überzeugung gelangt sind. Wir wünschen diese Reduktion, um Spielräume für die Landkreise und die kreisangehörigen Kommunen schaffen zu können. Zusammengenommen erreichen die Einsparungsvorschläge, die wir in Anträgen in den vorbereitenden Ausschüssen eingebracht haben, etwa eine Größenordnung von 35 Mio. €. Dieser Betrag hätte eine Senkung der Bezirksumlage von 22,0 auf 21,9 % zur Folge. Dies scheint auf den ersten Blick wenig, innerhalb der kommunalen Familie ist dies aber viel. Städte und Gemeinden haben im Jahr 2020 statistisch in den ersten drei Quartalen Einkommensteuereinkünfte in Höhe 4,9 % erlitten, im Jahr 2021 lagen die Zahlen nochmals um 0,2 % darunter. Insgesamt müssen die Kommunen daher mit erheblich geringeren Mitteln aus dem allgemeinen Steuerverbund auskommen. Für die Ausgleichsleistungen der Bayerischen Staatsregierung zur Gewerbesteuer im Jahr 2020 gemeinsam mit der Bundesrepublik, immerhin 660 Mio. € und im Jahr 2021 in Höhe von 330 Mio. € allein durch den Freistaat, aber auch im kommunalen Finanzausgleich sind alle Kommunen herzlich dankbar, denn anderenfalls wären Kreis- und damit indirekt Bezirksumlage für viele schon 2021 nicht mehr finanzierbar gewesen. Nur 132 von 500 Städten und Gemeinden in Oberbayern erhalten 2022 keine Schlüsselzuweisungen, gelten also nicht als bedürftig. In einer Stadt, die im

letzten Jahr aufgrund der finanziellen Nöte die Personalkosten pauschalisiert, ist vor kurzem der Personaldeckungsring zerbrochen. Dies bedeutet, dass diese derzeit Schwierigkeiten hat, die Vergütungen für ihre Mitarbeiter zu zahlen. Aus Zeitgründen verzichte ich auf weitere Beispiele. Sie sehen aber, die Solidarität ist leider nötig.

Aus den genannten Gründen sehen wir, die FDP-Fraktion im Bezirkstag Oberbayern, uns nicht in der Lage, dem vorgelegten Haushaltsentwurf für 2022 zuzustimmen und werden diesen folgerichtig ablehnen. Die Ablehnung ist nicht teilbar, ich kann an dieser Stelle den Haushalt nur ablehnen oder annehmen. Bitte glauben Sie nicht, mir fiel dies leicht. Ich bin seit 31 Jahren in der Kommunalpolitik tätig und allein im laufenden Jahr 2021 habe ich sieben Haushalts- oder Wirtschaftspläne von Kommunen oder mit diesen zusammenhängenden Organisationen zu entscheiden. Es ist das insgesamt zweite Mal, dass ich heute einen Haushalt ablehne, zuletzt vor 29 Jahren. Wir blicken aber nach vorne. Im kommenden Jahr werden wir selbstverständlich wieder in einen konstruktiven Dialog über den Haushalt eintreten.

Auch ich darf Ihnen und Ihren Familien am Ende ein frohes Fest wünschen und ein erfolgreiches Jahr 2022 sowie Gesundheit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

### **Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Mayr (Fraktion Die Linke)**

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Regierungspräsidentin, sehr geehrtes Präsidium,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte mit etwas Positivem starten, und zwar mit dem Ausschuss für Bau, Umwelt und Energie, in dem ich für unsere Fraktion sitze. Es ist gut, dass der Umweltschutz in diesen Gremien - dem Ausschuss als auch den Arbeitsgemeinschaften - gewissenhaft, nachdrücklich und mit hoher Expertise behandelt wird. Dass auch externe Fachleute damit beauftragt werden, den Bezirk und seine Einrichtungen klimaneutral zu gestalten, dass bei jedem Bau- oder Sanierungsvorhaben der Klimaschutz mitgedacht wird und dass der Bezirk nicht an dieser Stelle Mittel spart - das alles ist wichtig und wir als LINKE unterstützen das und gehen gerne auch noch weiter beim Thema Nachhaltigkeit.

Auch in der kulturellen Arbeit des Bezirks gibt es für uns einige positive Entwicklungen: das engagierte Arbeiten an unserer Pflicht, die Erinnerung an die Shoa und die Beteiligung bezirklicher Einrichtungen an diesem Verbrechen an der Menschheit halten wir für unablässig. Wir sind sehr dankbar dafür, dass für dieses Erinnern nicht nur gestritten werden muss, sondern dass es eine hohe Priorität hat.

Leider werden das Gedenken und unsere Pflicht der Aufarbeitung dadurch geschmälert, dass gleichberechtigt daneben unreflektiert der Täter gedacht wird. Der Bezirk fördert Denkmäler, die kriegsverherrlichend sind und die Opfer der Nazizeit vergessen. Ein Beispiel hierfür ist ein Denkmal mit der Aufschrift: „Nur für Freunde stirbt man gern!“. Was sollen Jugendliche von dieser Art des Erinnerns lernen? Das Gedenken an die Opfer des Faschismus, welches ich im politischen Beirat der Erinnerungskultur erlebe, muss auch im Kulturausschuss ankommen und konsequentes Handeln nach sich ziehen.

Wir begrüßen es daher sehr, dass eine Studie vom Bezirksheimatpfleger erstellt wird, die zum Ziel hat, kriegs- und täterverherrlichende Denkmäler mit Kommentaren zu versehen, um sie als Denkmal zu nutzen.

Auch im sozialen Bereich gibt es dieses Jahr kleine Erfolge: Die Einrichtung eines Dialogforums, in dem endlich Betroffene zu Wort kommen - mit ihnen und nicht über sie verhandelt wird - ist ein



wichtiger, für uns aber kein abschließender Schritt. Behinderte Menschen sind die Expert\*innen ihres Lebens und sollten vom Bezirk auch als solche behandelt werden. Ein weiterer Schritt ist die Änderung des Formblatts zur Mobilitätshilfe. Dass die Mobilitätshilfe nicht für Fahrten zur Familie benutzt werden durfte und somit die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben beschränkt wurde, war ein Fehler, der nun glücklicherweise behoben wird. Auch die Erhöhung der Mobilitätshilfe ein Jahr vorher wurde auf unseren Antrag hin - mit Stimmen der CSU - beschlossen. Auf unsere Frage an die SPD, warum sie gegen diesen Antrag gestimmt hat, der konkrete Verbesserungen erwirkt, erhalten wir die Antwort, dass die SPD nicht einzelne Maßnahmen fördern will, sondern ein Gesamtkonzept erstellen will - bis Herbst 2020... Wir warten noch heute darauf.

Eine weitere Verbesserung ist, dass Assistenzkräfte endlich so entlohnt werden, dass sie sich ein Leben in München zumindest auf niedrigem Niveau leisten können und nicht bei ihren Arbeitgeber\*innen auf dem Boden schlafen müssen. Es kann doch nicht sein, dass der Bezirk entscheidet, dass das Arbeitsrecht für Assistenzkräfte nicht greift und ihnen keine Zulagen ausbezahlt. Dass der Bezirk diese Erfolge nun als seine Initiativen verkauft, wie wir in einer Presseerklärung lesen konnten, ist bezeichnend.

Und dann spricht sich Herr Mederer in der *Bayerischen Gemeindezeitung* vom 29.7.2021 gegen einen Mindestlohn für Menschen in Behindertenwerkstätten aus: „Die Forderung nach Mindestlohn ist etwas zu kurz gesprungen“, sagt er. Immerhin bekämen die dort Tätigen „Arbeit und Anerkennung in einem wertschätzenden Umfeld“. Herr Mederer, glauben Sie, dass man mit Anerkennung und Wertschätzung sein Leben finanzieren kann? Und falls ja, warum arbeiten Sie nicht nur für Anerkennung und Wertschätzung? Oder helfen Ihnen dann doch die tausende Euro Aufwandsentschädigung, die Sie monatlich für Ihr Amt bekommen?

Wir können uns nicht zufrieden zurücklehnen. Behinderte Menschen werden immer noch als Bittsteller\*innen und Fürsorgefälle behandelt und nicht als Menschen mit dem Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, wie wir es auch führen. Die Behindertenrechtskonvention muss unhinterfragte Grundlage jeglichen Handelns des Bezirks sein. Dass dies noch nicht der Fall ist, können Sie an unserer Broschüre sehen - die wir heute Morgen für Sie ausgelegt haben. Wir werden weiter daran arbeiten, dass der Bezirk Leistungsberechtigte nicht unter Generalverdacht stellt. Die Nachweispflicht, die in mehreren Urteilen des Bundessozialgerichts als unverhältnismäßiges Mittel eingestuft wird, gehört abgeschafft! Es muss reichen, den Bedarf eines leistungsberechtigten Menschen einmal festzustellen, diesen bei Veränderungen nach zu justieren und ihm dann die selbstbestimmte Verantwortung zu übergeben, diese Mittel in seinem Ermessen zu verwenden. Das wäre ein wichtiger Schritt Richtung Inklusion!

Wir werden uns - solange wir hier sind - nicht damit abfinden und es immer wieder zum Thema machen, dass eine völkisch-nationale, rassistische, antisemitische und faschistische Partei im Bezirkstag sitzt, die den menschengemachten Klimawandel leugnet und sich mit ihrer Art und Weise, Corona auf eine Grippe zu reduzieren, mitschuldig an der jetzigen Situation macht. In dieser Situation sterben Menschen, brechen Pfleger\*innen psychisch und physisch zusammen und werden Ärzt\*innen dafür verantwortlich gemacht, dass sie keine Kapazitäten mehr haben, allen Menschen das Recht auf Heilung gewährleisten zu können. Es gibt einen Zusammenhang zwischen der AfD und dem Sterben, nicht nur was Morde aus politischen Gründen angeht: An den Orten, an denen die AfD einen hohen Stimmenanteil in der Gesellschaft hat, gibt es die meisten Coronatoten. Wir haben es mit dem heutigen Dringlichkeitsantrag wieder erlebt.

Wir als LINKE haben schon mit unserer ersten Haushaltsrede klar gemacht, dass die AfD eine Partei ist, deren Mitglieder entweder „Nazis sind, oder Menschen, die kein Problem damit haben, mit Nazis in einer Partei zu sein“. Damals entgegnete man uns - von CSU und SPD - dass man allen Parteien zunächst einmal offen gegenüberstehe und an sachlicher Arbeit interessiert sei. Das war damals falsch und ist es heute auch noch. Wie viele Beweise brauchen Sie noch, bis Sie den Parteifunktionären Ihren Handschlag verweigern?

Allerspätestens nach unserer Recherche, die wir Ihnen in Form einer Broschüre zugänglich gemacht haben, wissen Sie, wer für diese Partei in diesem Gremium sitzt.

Am Ende möchte ich meine Rede dazu nutzen, meine Sichtweise auf den Bezirkstag allgemein zu schildern - diese mag vielleicht daher kommen, dass ich das erste Mal im Amt bin - vielleicht trifft das eine oder andere Wort auch Neulinge anderer Parteien.

Als ich 2018 das erste Mal den großen Saal des Bezirkstags betreten habe, war ich ehrfürchtig. Ein Tisch mit meinem Namensschild und ein eigenes Mikrofon. Jetzt wird es ernst. Du sprichst hier für die Menschen, die dich gewählt haben und musst für die streiten, die von den Handlungen des Bezirks unmittelbar betroffen sind. Hier musst du mit und gegen andere Parteien deine Politik umsetzen, die du für richtig hältst. Dieser demokratische Streit blieb und bleibt jedoch aus. Es gibt ein Harmoniebedürfnis, über alles Einigung zu finden, bevor man darüber gesprochen hat. Wir LINKEN nutzen alle Mittel, welche der Bezirk uns als Kontrollgremium zur Verfügung stellt - und ernten dafür nur Kritik: Vertreterinnen der SPD werfen uns vor, unwichtige Anfragen zu stellen und die Verwaltung damit über die Maßen zu belasten. Woher nimmt sich die SPD das Recht, zu beurteilen, welche Anfragen wichtig und welche unwichtig sind? Bei dieser Kritik stellt sich uns die Frage, welche Aufgaben aus Ihrer Sicht die Bezirksrät\*innen eigentlich haben. Alles abzunicken und für alles unhinterfragt dankbar zu sein? Die Stimmen der Menschen, die uns gewählt haben und für die wir Entscheidungen treffen, zu überhören? Beide Augen zuzudrücken, damit ich dem Kollegen oder der Kollegin morgen noch die Hand schütteln kann? Das werden wir nicht tun! Wir bleiben - wie Sie sagen würden - unbequem! Und wir werden weiter nachfragen und es ansprechen, wenn wir etwas für falsch erachten! Wir machen die Arbeit, welche wir als Bezirksrät\*innen versprochen haben zu tun - und für die wir viel Geld kriegen!

Zum Abschluss möchte ich mich sehr herzlich im Namen meiner Fraktion bei Frau Hirschhuber und Herrn Getzlaff dafür bedanken, dass sie sich die Zeit genommen haben, uns den Haushalt so gut zu erklären! Nicht wegen Ihnen, sondern aus politischen Gründen werden wir den Haushalt dieses Jahr ablehnen! Vielen Dank!

### **Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Dorn (Fraktion BP)**

- Es gilt das gesprochene Wort –

Frau Regierungspräsidentin,  
Herr Bezirkstagspräsident, meine Herren Vizepräsidenten,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der römische Philosoph Cicero schreibt in einem seiner Traktate über die brevitatis, die Kürze der Formulierung, mit der einem Argument mehr Gewicht verliehen werden kann. Ich werde mich heute an diese brevitatis halten.

Und deshalb vorab eines: Die Bayernpartei wird dem vorliegenden Haushaltsentwurf zustimmen – auch wenn nicht alles so glänzend ist, wie vom Herrn Präsidenten beschrieben. Die etwas großzügigen Stellenmehrungen sind hier ebenso zu nennen wie der Rücklagenabbau oder die Neuverschuldung. Und dass der Hebesatz nur so geringfügig nach oben geht, hat auch weniger mit der eigenen Haushaltsdisziplin zu tun als vielmehr mit der erstaunlich stabilen Wirtschaftskraft Oberbayerns, die wenigstens bisher die Corona-Problematik besser bewältigt hat als erwartet. Aber auf der anderen Seite stehen doch Perspektiven, die unter objektiven Gesichtspunkten eine positive Bewertung finden: Der Aufbau einer eigenen Kulturabteilung, die Aufrüstung Bruckmühls zu einem Zentrum für Volksmusik und Literatur, wobei hier mit der betonten Dialektpflege auch ein besonderes Anliegen der Bayernpartei zum Tragen kommt, die – wenigstens im zweiten Anlauf erfolgreiche – Einsetzung eines neuen Volksmusikpflegers, die Verlegung der Heimatpflege nach München unter Beibehaltung der Aktivitäten in Benediktbeuern und der notwendige Ausbau des Trachteninformationszentrums. Auch die Entwicklung in Kloster Seeon ist hier zu nennen. Dass die Imkereifachberatung nun unter niedersächsischer Leitung steht, stellt selbst aus unserer Sicht keinen Kritikpunkt dar und wir wünschen der neuen Kraft hier viel Erfolg und einen guten Einstand.

Unser Dank gilt wie schon die bisherigen Jahre der Mannschaft um Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, die nicht nur einen profunden Haushaltsentwurf vorgelegt, sondern auch in der Kommunikation mit den Fraktionen für Transparenz und Verständnis gesorgt haben. Er gilt aber auch dem Präsidium des Bezirkstags für die faire und offene Zusammenarbeit sowie Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für das offene und parteiübergreifende Miteinander, das in diesem Hause herrscht. Im Zentrum unserer Arbeit steht das Wohl und die Weiterentwicklung Oberbayerns, vielleicht so, wie es als Motto über dem Eingangsportaal eines kleinen Hofmarksschlosses im Landkreis Fürstenfeldbruck steht:

Extra Bavariam non est vita – si est vita, non est ita!

## **Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Raschke (Gruppierung ödp)**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien,

verehrte Mitarbeiter\*innen des Bezirks Oberbayern, meine sehr verehrten Damen und Herren, nun wurden bereits einige sehr detailreiche Inhalte des Haushalts ausführlich beleuchtet, lassen Sie mich Ihnen daher zum Haushalt das Lied „Alle Jahre wieder“ von Friedrich Silcher von anno 1842 näherbringen, damit Sie es an Weihnachten auch richtig singen.

Bei einem barocken Politikverständnis wie bei der BP ist mir klar, dass Brevitas das Gebot der geistigen Stunde ist – ich darf allerdings auf Leben außerhalb Bayerns hinweisen und den neuen Kollegen aus Niedersachsen herzlich begrüßen.

Die Vorbesprechungen und Beratung des Haushalts standen im Schatten der beiden Vorhaushalte. 2019 hatten wir Bedenken geäußert, die in guten Zeiten großzügig vorhandenen Rücklagen für Wahlkampfmanöver Anfang 2020 zu verpulvern, unsere nahezu prophetische Vorsehung schlechter Zeiten ab März 2020 mag uns zu Höherem berufen, was mit Blick auf diese beiden schwierigen Jahre aber auch nicht hilfreich ist.

Die nun gekommenen - so genannten - „schlechten Zeiten“ mit dem Virus von „Delta“ bis „Omikron“ sind kein „My“ besser geworden, höhere Ausgaben und zu erwartende weitere Haushaltsunwägbarkeiten treiben uns bzw. mir Sorgenfalten in die Stirn.

Lachfalten ins Gesicht bekomme ich allerdings alle Jahre wieder, wenn ich Dank für den Haushalt aussprechen darf – dieser geht an alle Mitarbeitenden in der Verwaltung, die an der Aufstellung des vorliegenden Plans mitgewirkt haben. Besonders Ihnen, sehr geehrter Herr Getzlaff und natürlich Frau Hirschhuber, sind wir für Ihre Zeit dankbar, in der Sie intensiv und freundlich erklärend die Einzelpläne aufgeschlüsselt haben und das auch noch digital.

Die nun alle Jahre wieder unausweichlich kommende Anhebung der Bezirksumlage um ein paar „lota“ als zentralem Parameter des Haushaltes ist nicht nur den äußeren Umständen geschuldet. Die Anhebung der Umlage übersteigt die Steigerung der Umlagekraft deutlich - was eine deutlich höhere Belastung der Kostenträger bedeutet – fast 4 von 5 Kommunen sind bei den Schlüsselzuweisungen hier auf der Nehmerseite – das zeigt, dass für einen Großteil der in Bedrängnis befindlichen Kommunen für die Zukunft das dicke Ende aufgespart ist. Nach 2022 werden die großen Geldspritzen ausbleiben. Und weitere Krisen sind am Horizont schon in Sicht, siehe Belarus.

Der Haushaltsentwurf führt zu einem „Alle Jahre wieder“ - und zeigt, wie sehr die Bezirke auf eine verlässliche eigene Einnahme angewiesen wären, wie schon Cato sagte.

Aber warum tut da keiner was? Sonntagsreden von CSU-Vertreter\*innen zum Thema auf dem Bezirkstag sind zwar nett, aber nicht hilfreich.

Ich erteile Ihnen, Herr Präsident daher hiermit Auftrag, das Thema andernorts präserter zu machen, damit wir hier nicht „Alle Jahre wieder“ das gleiche Lied singen.

Als ÖDP schlagen wir Ihnen aus guten Erfahrungen vor, ein Volksbegehren zur Abänderung der Verteilungsschlüssel vorzunehmen - falls Sie hierzu eine Beratung brauchen, melden Sie sich bei mir, ich habe bereits zentral involviert ein Volksbegehren und einen Bürgerentscheid gewonnen, ich kann Ihnen sicher weiterhelfen - bei Bezirken und Kommunen in Bayern würde das auf offene Ohren stoßen.

Sonntagsreden auf dem Bezirkstag helfen jedenfalls nicht weiter und sind im Gegenteil etwas ermüdend.

Das ermüdet Sie auch? - Na vielleicht ist das genau der Grund, warum wir hier eine intensivere Debattenkultur pflegen sollten. Ist die Vermeidung solcher Themen auch Grund für die Raumnot, die hier im Saal durch die in übermäßiger Zahl vorhandene Presse verursacht wird? - Alle Jahre wieder: Wo nicht gehobelt wird, interessiert sich keiner für die Späne.

Ach ja, falls Interesse an ein paar lobenden Worten besteht: Corona ist für viele ein Abgrund, der auch psychische Krisen verursacht – der Krisendienst Psychiatrie ist daher großartig und in meinen Augen gerade in München sehr präsent – und macht damit den Bezirk präserter und ist im Vergleich mit anderen Bundesländern nicht selbstverständlich - sondern grandios.

Das ist uns ein weiterhin großes Anliegen, um die elementar wichtige Arbeit des Bezirks und der Mitarbeitenden öffentlicher zu sehen – und unser zentrales Thema der Inklusion und Integration in die öffentliche Präsenz und den öffentlichen Diskurs zu integrieren.

Ferner freuen wir uns dankbar auf die neue Klimaschutzposition – und hoffen hier auf Fortschritte im kommenden Jahr.

Wir schlagen wie alle Jahre wieder weiterhin vor, mit der LH München in Dialog zu treten, in wie weit die begriffliche Überschneidungen mit Stadtteilparlamenten nicht reduzierbar wären, die Münchner Bezirksrät\*innen wissen sicherlich, wovon ich spreche.

In Sachen Personalhaushalt ist uns auch 2021 unklar, warum man sich neue Beamtenpositionen antut – die große Lasten in die Zukunft packen. In Bezug auf Personal sei allerdings auch eine positive Kultur im Haus seitens des Präsidenten erwähnt, der Mitarbeiter sehr glücklich macht mit Hochzeitskarten und ähnlichen Aufmerksamkeiten – was im Haus sehr positiv ankommt. Weiter so!

Zu Klimaschutz und Artenschutz – kein Luxus, sondern zentrale Aufgabe

Am 24.3.2021 hat das Bundesverfassungsgericht Geschichte geschrieben und erklärt, dass es ein #RechtAufZukunft gibt – und wir keine Belastungen in künftige Generationen verschieben sollten. Vielleicht müssen wir erst den Präsidenten zum veganen Schnitzel aus Sonnenblumenkernen mit Wurstsalat auf Erbsenproteinbasis einladen, damit hier durchdringt, dass es einen gesellschaftlichen Wandel braucht, der bei uns im Bezirk anfängt.

Wir werden also weiterhin unseren Antrag zu Ausschreibungen mit veganem Essen in Erinnerung rufen – in Bezug auf den Haushalt ist das Schöne daran: es kostet nicht mal etwas und alle Menschen mit Unverträglichkeiten im Bezirk würden das feiern.

Wenn weniger Geld da ist, muss es noch besser verwendet werden und hier sehen wir einen klaren Fokus auf das Ziel der Klimaneutralität des Bezirks, gerade bei den diversen Bauprojekten werden wir hier ein Auge draufhaben, aber wir fragen uns auch, wie die Mitarbeitenden motiviert werden können, energie- und ressourceneffizienter zu werden.

Die Klimakrise erlaubt keinen Aufschub, immerhin ist das Thema rhetorisch angekommen, dafür unseren Dank, Herr Präsident!

Bauwesen:

Das Thema Baumaterial haben wir 2020 auf die Tagesordnung gesetzt und sind froh, dass es 2021 trotz Pandemie sachlich weiter diskutiert wurde - wir freuen uns auf eine konkrete Beschluss-

fassung 2022 hierzu. Wer langfristig kosteneffizient sein will, muss auch die externen Kosten, wie die der Klimakrise einpreisen.

Demokratie:

Danke für die klaren Worte zur Demokratie – das hätten wir uns auch zu Beginn der Amtszeit gewünscht, als die hässliche Fratze des Menschenhasses zum Vorschein kam - nichtsdestotrotz - wir sind dankbar, dass es nun laute Widerworte gibt und stimmen gerne ein!

Harmonie

In diesem Sinne, lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen sie uns weiter um die besten Ideen ringen und gemeinsam an einem Strang ziehen.

Wir von der ÖDP werden dem Haushalt mitzustimmen. Wo wir anderer Meinung sind, werden wir auch fern der Ausschüsse weiter unserer Rolle gerecht werden.

Wir sind uns sicher, dass es dem Bezirk trotz aller Schwierigkeiten wie alle Jahre auch 2022 wieder gelingen wird, seinen Aufgaben nachzukommen und sich darüber hinaus neue Ziele im Klimaschutz, in der Inklusion, Teilhabe, Barrierefreiheit und Nachhaltigkeit zu setzen.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, herzlichen Dank!

Allen, die in Rente gehen, einen wohlverdienten Ruhestand und Ihnen allen nun gesegnete Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

<b>Beschluss:</b>	1. Für das Haushaltsjahr 2022 wird den Festsetzungen	
	im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von	2.242.000.000,00 €
	sowie im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von	28.840.000,00 €
	zugestimmt.	
	<b>angenommen</b>	<b>Nein 13</b>
	2. Dem Finanzplan 2021 bis 2025 mit dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm wird zugestimmt.	
	<b>angenommen</b>	<b>Nein 2</b>
	3. Den Festsetzungen im Wirtschaftsplan 2022 des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon mit dem Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2021 bis 2025 wird zugestimmt.	
	<b>angenommen</b>	<b>Nein 4</b>
	4. Den Festsetzungen im Wirtschaftsplan 2021/2022 der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils) mit dem Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2021 bis 2025 wird zugestimmt.	
	<b>angenommen</b>	<b>Nein 4</b>

	5. Dem Stellenplan des Bezirks Oberbayern für das Haushaltsjahr 2022 wird zugestimmt.	
	<b>angenommen</b>	<b>Nein 4</b>
	6. Der Hebesatz der Bezirksumlage wird für das Haushaltsjahr 2022 auf 22,00 v.H. festgesetzt.	
	<b>angenommen</b>	<b>Nein 5</b>
	7. Die Haushaltssatzung 2022 wird beschlossen.	
	<b>angenommen</b>	<b>Nein 10</b>

### **TOP 3 Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon: Überschreitung des geplanten Defizites 2021**

Trotz laufender Baumaßnahmen und den Begleiterscheinungen wie Baulärm und Schmutz, war das Haus fast ausgebucht und auch die Gästezufriedenheit konnte gehalten werden. Die hohe Nachfrage, vor allem in den touristischen Sommermonaten, führte zu einer außergewöhnlich hohen Belegung sowie zusätzlich durch das neue Zimmerprodukt zu einem gestiegenen Doppelbelegungsfaktor. Diese Entwicklung trägt erfreulicherweise zu einer deutlichen Verlustminderung bei.

Allerdings wurde die coronabedingte Betriebsschließung bis Pfingsten in dieser Länge nicht erwartet und nicht im Budget eingeplant. Sofern es zu keinen weiteren Beeinträchtigungen des operativen Betriebes in Folge gesetzlicher Pandemiemaßnahmen kommt, wird mit einer Überschreitung des geplanten operativen Defizites von bis zu 150.000 € gerechnet.

Bezirkstagspräsident Mederer erläutert, dass sich nach jüngsten Prognosen das geplante operative Defizit auf 270.000 € erhöhen wird. Die Folgezahlen ändern sich entsprechend. Das Gremium erklärt sich damit einverstanden, dass der Beschluss entsprechend geändert wird.

<b>Beschluss:</b>	Der Bezirkstag stimmt einer Erhöhung des Gesamtdefizites 2021 und des operativen Defizites 2021 um einen Betrag von 270.000 € zu. Der operative Verlust erhöht sich von 1.546.000 € auf 1.816.000 €, das Gesamtdefizit erhöht sich von 2.893.600 € auf 3.163.600 €.
	<b>einstimmig angenommen</b>

### **TOP 4 Änderung der Geschäftsordnung**

Der Bezirkstag berät die Geschäftsordnung des Bezirkstags von Oberbayern vom 16.12.2021.

<b>Beschluss:</b>	Der Bezirkstag beschließt die Geschäftsordnung des Bezirkstags von Oberbayern vom 16.12.2021 und beauftragt die Verwaltung mit der Veröffentlichung.
	<b>einstimmig angenommen</b>

## **TOP 5            Installierung des Inklusionsbeirates des Bezirks Oberbayern**

Der Bezirkstag installiert einen Inklusionsbeirat und berät über den Beschluss der Satzung des Inklusionsbeirates sowie der Satzung der Inklusionsbeauftragten des Bezirks Oberbayern mit dem Schwerpunkt für die Belange der Menschen mit Behinderungen.

<b>Beschluss:</b>	Der Bezirkstag beschließt die Satzung des Inklusionsbeirates des Bezirks Oberbayern vom 16.12.2021 und die Satzung über die Inklusionsbeauftragten des Bezirks Oberbayern vom 16.12.2021 und beauftragt die Verwaltung mit der Veröffentlichung.  <b>einstimmig angenommen</b>
-------------------	--

## **TOP 6            Bestellung der Inklusionsbeauftragten mit dem Schwerpunkt für die Belange der Menschen mit Behinderungen**

Der Bezirkstag berät über die Bestellung der Inklusionsbeauftragten des Bezirks Oberbayern mit dem Schwerpunkt für die Belange der Menschen mit Behinderungen.

<b>Beschluss:</b>	Der Bezirkstag beschließt, die Bezirksrätinnen Frau Claudia Hausberger und Frau Dr. Frauke Schwaiblmaier im Vorgriff auf die demnächst in Kraft tretende Satzung über die Inklusionsbeauftragten des Bezirks Oberbayern vom 16.12.2021 zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Satzung als Inklusionsbeauftragte des Bezirks Oberbayern mit dem Schwerpunkt für die Belange der Menschen mit Behinderungen zu bestellen.  <b>einstimmig angenommen</b>
-------------------	---

## **TOP 7            Jahresbericht der Beauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderungen**

Die Beauftragten Claudia Hausberger und Dr. Frauke Schwaiblmaier unterrichten den Bezirkstag über ihre Arbeit im Jahr 2021.

<b>Beschluss:</b>	Der Bezirkstag von Oberbayern nimmt den Jahresbericht der Beauftragten des Bezirks Oberbayern für die Belange der Menschen mit Behinderung zur Kenntnis.  <b>zur Kenntnis genommen</b>
-------------------	--

## **TOP 8            Beteiligungsbericht Klinische Beteiligungen, Geschäftsjahr 2020**

Die Gremien des Bezirks Oberbayern befassen sich mit den im Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2020 dargestellten Daten und Entwicklungen seiner klinischen Beteiligungen.

Herr Bezirksrat Lipp wünscht sich eine Erläuterung zu den Leistungsdaten des ZKJ e.V.) auf Seite 28 des Beteiligungsberichtes:

Die Anzahl der in der Kinder- und Jugendpsychiatrie des ZKV e.V. behandelten Patientinnen und Patienten betrug 835 im Jahr 2019 und 1.026 im Jahr 2020 (+191). Dabei wurden 194 Patientinnen und Patienten mehr in der Psychiatrischen Institutsambulanz und 3 Patientinnen und Patienten weniger in der Tagesklinik behandelt. Diese bedarfsgerechte Leistungssteigerung war aufgrund einer geplanten und im Jahr 2020 umgesetzten Erweiterung der personellen Kapazitäten der PIA möglich.

<b>Beschluss:</b>	Der Bezirkstag nimmt den Beteiligungsbericht Klinische Beteiligungen des Geschäftsjahres 2020 zur Kenntnis.  <b>zur Kenntnis genommen</b>
-------------------	---

### **TOP 9            Zentrum für Volksmusik, Literatur und Populärmusik: Nutzungskonzept inklusive Ressourcenplanung**

Die Verwaltung stellt ein Nutzungskonzept inklusive Personalressourcenplanung und Betriebskosten für das Zentrum für Volksmusik, Literatur und Populärmusik vor.

<b>Beschluss:</b>	Der Bezirkstag nimmt das am 06.12.2021 geänderte Nutzungskonzept und die Ressourcenplanungen zur Kenntnis.  <b>zur Kenntnis genommen</b>
-------------------	--

### **TOP 10            Bekanntgaben und Sonstiges**

Frau Regierungspräsidentin Els bedankt sich beim Gremium für die lange, gute Zusammenarbeit und verabschiedet sich als Regierungspräsidentin.  
Bezirkstagspräsident Mederer verabschiedet offiziell Frau Regierungspräsidentin Els mit den besten Wünschen.

<b>Beschluss:</b>	<b>Es erfolgten keine Bekanntgaben oder Antragstellungen.</b>
-------------------	---

Um 12:42 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Josef Mederer die öffentliche Sitzung.

Josef Mederer  
Bezirkstagspräsident

Angelika Ewerhardy  
Protokollführung